

samo.fa: Schon viel erreicht, noch viel zu tun. Querauswertung der Jahresdossiers 2019

Dr. Wilfried Kruse (12.Juni 2020)

Das Ergebnis der Querauswertung ist in der Überschrift „Schon viel erreicht, noch viel zu tun“ aufs Knappste zusammengefasst. Es handelt sich also um eine Erfolgsgeschichte mit deutlichen Schatten, die aber auch Hinweise darauf geben, worauf es in Zukunft weiterhin ankäme. Städtedossiers gehören zur samo.fa-Methode: Die lokal Verantwortlichen fassen in ihnen am Ende jedes Jahres die wichtigsten Informationen zusammen, damit ein Bild von der lokalen Entwicklung im Feld „Menschen mit Fluchtgeschichte“ und der Schwerpunkte der Arbeit von samo.fa vor Ort, ihrer Rahmenbedingungen, ihrer Erfolge und ihrer Schwächen und Schwierigkeiten entsteht.

Einleitende Bemerkungen

Was folgt, ist eine Querauswertung von Städtedossiers aus rund 30 Standorten des Jahres 2019. Städtedossiers gehören zur samo.fa-Methode: Die lokal Verantwortlichen fassen in ihnen am Ende jedes Jahres die wichtigsten Informationen zusammen, damit ein Bild von der lokalen Entwicklung im Feld „Menschen mit Fluchtgeschichte“ und der Schwerpunkte der Arbeit von samo.fa vor Ort, ihrer Rahmenbedingungen, ihrer Erfolge und ihrer Schwächen und Schwierigkeiten entsteht. Für diese Städtedossiers werden eine Gliederung und ein Satz von Leitfragen bundesweit vorgegeben; die Netzwerkbegleitungen erläutern dies und unterstützen die Verantwortlichen vor Ort bei der Erstellung der Städtedossiers.

Dennoch fallen sie unterschiedlich aus, nicht nur, dass sie in der Länge zwischen 15 und 25 Seiten variieren, sie sind in den verschiedenen Punkten unterschiedlich ausführlich und erklärend, sondern sie haben auch jeweils eigene Schwerpunkte und – wenn man so will – Auslassungen. Dies liegt nicht nur an den jeweils unterschiedlichen lokalen Bedingungen und Entwicklungsdynamiken, an Schwerpunkten, die jeweils vor Ort gesetzt wurden, sondern auch an den Selbstverständnissen der lokalen Träger, die zwar in wichtigen Punkten bundesweit übereinstimmen, aber jeweils eigene Akzente haben. Auch sind die lokal Verantwortlichen unterschiedlich darin geübt, Informationen zu verarbeiten und Berichte zu verfassen.

Es gehört zum Ansatz von samo.fa, dass es eine konzeptionelle Schnittmenge für alle gibt, lokale Unterschiede aber nicht eingeebnet werden: denn die lokale Wirksamkeit zählt und deshalb muss das Handeln auch lokal „passen“. Das macht eine vergleichende Auswertung, wie sie hier versucht wird, nicht einfach. Sie operiert nicht quantifizierend, sondern – wie das so schön heißt – „qualitativ“, d.h. sie versucht, ein Gesamtbild des Wirkens von samo.fa im

Jahr 2019 aus einem verständigen Nachvollzug der in den Städtedossiers gegebenen Informationen und gemachten Aussagen zu gewinnen.

Querauswertungen der Städtedossiers können unter verschiedenen Fragestellungen erfolgen. Die Fragestellungen, unter denen die folgende Auswertung steht, lauten: Kann man in der Zusammenschau der lokalen Entwicklung an den verschiedenen Standorten insgesamt und in jedem einzelnen Fall von einer Erfolgsgeschichte von samo.fa sprechen? Woran kann man dies festmachen? Welche Herausforderungen, welche Schwächen werden deutlich? Und worin liegen sie begründet? In welcher Weise intervenieren jeweils die Rahmenbedingungen, unter denen die lokale Arbeit geleistet werden muss?

Unterlegt ist dabei ein Verständnis der Entwicklung im Feld „Teilhabe von Menschen mit Fluchtgeschichte“ als ein *sozialer Prozess*, in dem es viele Akteur*innen gibt; nicht zuletzt sind die „vor Ort“ angekommenen und nun dort lebenden Geflüchteten selbst wichtige Akteure. Samo.fa wirkt als eine Intervention in diesen sozialen Prozess, wie sie immer auch lokal ausfällt; und es ist zugleich so etwas wie eine „Sonde“, durch die Entwicklungen, Aushandlungsprozesse, aber Konflikte und Übereinkünfte besser zu erkennen sind. Das Ergebnis der Querauswertung ist in der Überschrift „Schon viel erreicht, noch viel zu tun“ aufs Knappste zusammengefasst. Es handelt sich also um eine Erfolgsgeschichte mit erheblichen Schatten, die aber auch Hinweise darauf geben, worauf es in Zukunft weiterhin ankäme.

2015 – 2019: wenige Jahre, starke Entwicklungen

Im Zuge des Eintritts einer großen Zahl von Geflüchteten und mit den Herausforderungen, die hiermit verbunden waren, sind Städte anders geworden. Dies ist aus den Städtedossiers von den bundesweit rund 30 Standorten von samo.fa sehr gut nachzuvollziehen.

Im Sommer 2015 traf die Ankunft der vielen Geflüchteten auf weitgehend unvorbereitete Städte, zumal die Erfahrungen aus dem letzten größeren Flüchtlingsgeschehen, nämlich den Balkankriegen, schon mehr als ein Jahrzehnt zurücklag und die aus dem damaligen Anlass geschaffenen Strukturen nicht aufrechterhalten wurden. Es musste also zunächst improvisiert werden. Vor allem auch mit der unerwartet großen Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung gelang es, auf die zunächst drängenden Bedürfnisse der Angekommenen zu antworten. In diesem Sinne wurde das bürgerschaftliche Engagement als wichtige Kraft der Bewältigung dieser außerordentlichen Situation geradezu „entdeckt“.

Zugleich sahen sich die Städte vor dem Erfordernis, für Unterkunft, Gesundheitsversorgung, die Betreuung und Beschulung der Kinder und eine grundlegende orientierende Einführung in die Art und Weise, „wie unsere Gesellschaft funktioniert“ einschließlich sprachlicher Basisqualifikationen rasch materielle und strukturelle Voraussetzungen zu schaffen.

Im Nachgang zu solchen Akutmaßnahmen musste mit der Herausforderung umgegangen werden, dass ein erheblicher Teil der Geflüchteten für eine längere Zeit oder sogar für immer bleiben würden, einschließlich des dann folgenden, aber politisch stark verzögerten Familiennachzugs. Es ging also darum, dies in das städtische Handeln mit Blick auf die nächsten Jahre und darüber hinaus „einzupflegen“, d.h. in Hinblick auf Wohnen, Bildung, Gesundheit und schließlich auch Arbeitsmarkt die bisherigen Planungen und Prognosen zu korrigieren,

was auch in den städtischen Haushalten seinen Niederschlag finden musste. Begleitend und in Verbindung mit dem fortschreitenden Prozess einer zunächst stark auf basale Bedürfnisse und Vorkehrungen gerichteten „Aufnahme“ musste ein Integrationsprozess gestaltet werden, der den sozialen Zusammenhalt in der Stadt nicht gefährdet, sondern befördert. Für jede dieser verschiedenen aufeinander folgenden, aber sich auch überlappenden Phasen mussten Kooperations- und Konsensbildungsweisen gefunden werden, die sowohl in Hinblick auf Versorgung und zunehmende Teilhabe, als auch in Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt in der Stadt wirksam waren und sind.

Heute – im 5. Jahr nach 2015 – sind für diejenigen, die geblieben sind, wichtige basale Lebensbedingungen – wenn auch für bestimmte Gruppen in besonderen Risikolagen noch unbefriedigend – gesichert. Der Neuzugang an Geflüchteten ist von Jahr zu Jahr zurückgegangen; die Herausforderungen bestehen heute vor allem darin, Unterstützung für den immer noch schwierigen neuen Alltag bereitzuhalten, provisorische Lösungen, z.B. bei der Unterkunft, in stabile zu überführen, Teilhabe zu fördern, Spannungen und Konflikte in der Stadtgesellschaft von Rassismus und Diskriminierung freizuhalten *und* zugleich für weitere neue Ankünfte von Geflüchteten – auch in größeren Zahlen – vorbereitet zu sein. Denn Kriege und Katastrophen weltweit und die fatale Menschenrechtssituation an den Außengrenzen der EU lassen erwarten, dass das Fluchtgeschehen nicht beendet sein wird. Man kann also für den Zeitraum von 2015 bis heute grob folgende Phasen unterscheiden: Ankunftsbevältigung, Grundversorgung, Alltagssicherung, Normalitätsroutine.

Heute sind die Städte wesentlich besser auf Flüchtlingsarbeit „eingestellt“ als dies 2015 und auch noch 2016 der Fall war, wenngleich in den Städten in verschiedenen Varianten, was auch durchaus qualitative Unterschiede markieren kann. An diesem Prozess, die Städte für Flüchtlingsarbeit „fitzumachen“, hatten Migrant*innenorganisationen einen wichtigen Beitrag; dies kann auch ohne Vorbehalte für das Projekt samo.fa an seinen verschiedenen Standorten gesagt werden. Dieser Beitrag ist in seiner Wirkung ebenfalls unterschiedlich; hierin spiegeln sich sowohl die lokalen Rahmenbedingungen als auch die Traditionen und Organisationswirklichkeiten der Migrant*innenorganisationen, die die Aktivitäten trugen und tragen. Es ist aber deutlich: ebenso, wie die Städte heute anders aufgestellt sind als 2015, sind auch diejenigen Migrant*innenorganisationen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagiert haben und z.B. Träger von samo.fa waren und sind, heute anders aufgestellt als 2016, als das samo.fa-Vorhaben startete.

Die Städte sind anders geworden

Auf der Basis der *Städtedossiers 2019* kann man die Art und Weise, wie Städte heute für Flüchtlingsarbeit „eingestellt“ sind, und Rolle und Gewicht der Migrant*innenorganisationen in der kommunalen Flüchtlingspolitik ganz gut nachzeichnen. Die Zusammenschau beider ergibt ein differenziertes und zuweilen durchaus zwiespältiges Bild.

Statt „Ad-hoc-Antworten“ längerfristige Lösungen

In wichtigen Feldern der Integration und Teilhabe von Menschen mit Fluchtgeschichte sind viele Städte über ad-hoc-Lösungen hinaus bei längerfristigem und planvollem Handeln angekommen. Allerdings wird auch berichtet, wie z.B. aus Reutlingen, dass die „Flüchtlingsfrage“ auf der kommunalen Agenda mittlerweile nach unten gerutscht ist. Das gilt z.B. für das Feld Unterbringung/Wohnen: gerade in Städten mit einem angespannten Wohnungsmarkt ist der Auszug aus Gemeinschaftsunterkünften in Wohnungen eher schwierig. Hier hat die Stadt Köln z.B. ihr schon seit 2011 bestehendes kooperatives Auszugsmanagement weiterentwickelt; dort kümmert man sich auch um die Bleibeperspektive für Geduldete. In Düsseldorf und Dortmund z.B., wo der Übergang in Wohnungen gut vorangekommen ist, sind Anlaufstellen in Quartieren geschaffen worden; in Düsseldorf ausschließlich in Trägerschaft der etablierten Wohlfahrtsverbände, in Dortmund auch unter Beteiligung des vmdo, dem Verbund, der auch Träger von samo.fa ist. Der Landkreis Fulda z.B. errichtete 2019 eine „Zentrale Anlaufstelle für Menschen mit Fluchthintergrund“ mit dem Ziel, die Betreuungslücke, die nach Auszug aus den Gemeinschaftsunterkünften entsteht, zu schließen.

Aufgrund der Lage auf dem Wohnungsmarkt werden aber tatsächlich auch neue Gemeinschaftsunterkünfte errichtet; manche von ihnen, wie z.B. in Stralsund, in einer eher unglücklich isolierten Lage.

Auch für den Bereich Kita/Schule gibt es mittlerweile, wie z.B. in Münster, eingespielte Verfahren der Verteilung, wenngleich die Betreuungs- und Bildungssituation der Kinder aus Geflüchteten-Familien noch nicht befriedigend ist. Neben der basalen Öffnung des Zugangs zum Gesundheitssystem kommen Gruppen mit besonderen Risiken stärker in den Blick; so wurde z.B. in Düsseldorf 2019 in Kooperation zwischen dem Gesundheitsamt und Amt für Migration und Integration eine Anlaufstelle für psychisch belastete Menschen mit Fluchtgeschichte geschaffen.

Die lokale Zusammenarbeit wird auf die Probe gestellt

Eine Reihe von Städten - insbesondere auch jene mit einer langen Geschichte der Arbeitseinwanderung – haben eine ausgeprägte Tradition kommunaler Integrations- und Teilhabepolitik, wie z.B. im Süden Stuttgart, Nürnberg, aber auch Heilbronn. Sie variieren darin, ob diese stärker *für* oder *mit* den Menschen mit Einwanderungsgeschichte und ihren Organisationen entwickelt wurde. In Nürnberg und Heilbronn waren es so z.B. auch zunächst die Städte, die Träger von samo.fa wurden, bevor diese an neu gegründete Verbände von Migrant*innenorganisationen überging. In diesen Städten war von daher auch ein institutionelles „Setting“ vorhanden - in der Regel unter Beteiligung der großen Wohlfahrtsverbände, weniger der Migrant*innenorganisationen - , in das die intensivierete Flüchtlingsarbeit nach 2015 eingebettet werden konnte.

Manche Städte haben ihre Integrationskonzepte, die aus der Zeit von vor 2015 stammen, noch nicht erneuert, wie z.B. Leipzig. Viele aber arbeiten mit Integrationskonzepten und Plänen, die sich in den letzten Jahren oftmals in einem Überarbeitungsprozess befanden oder auch noch befinden, nicht nur, um sie an veränderte Gegebenheiten anzupassen, sondern

auch, weil sich das Verständnis für die Notwendigkeiten kommunaler Flüchtlingsarbeit gewandelt hat. Dies gilt z.B. in Berlin, wo 2019 ein neues Gesamtkonzept verabschiedet wurde und weitere Rahmengesetze bzw. deren Weiterentwicklung in Vorbereitung sind, und dabei insgesamt die Rolle der Migrant*innenorganisationen gestärkt wird; oder in Hannover, wo der Träger von samo.fa an der Evaluierung des bisherigen Lokalen Integrationsplans beteiligt wird, oder in Dresden bei der Neufassung des Asylplans. In Freiburg (Breisgau) wurde die Entwicklung eines neuen Leitbilds „Migration und Integration“ als ein breiter Prozess der Bürgerbeteiligung organisiert und das Ergebnis Ende 2019 vorgestellt.

Die Entwicklung oder Überarbeitung von Integrationskonzepten geschieht zumeist in Form eines Konsultationsprozesses, an dem mittlerweile vielfach auch Migrant*innenorganisationen und hier insbesondere auch, wie z.B. in Göttingen, samo.fa beteiligt waren oder sind. Der Grad der Beteiligung ist allerdings unterschiedlich und vielfach eher auf Teilthemen und die Beteiligung an Arbeitsgruppen und Workshops, wie z.B. in Hildesheim oder auch in Braunschweig, beschränkt.

Städte Sicherer Häfen

Ausdruck eines gewandelten Verständnisses ist auch, dass Städte, wie z.B. Stralsund, Mitglied in der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus werden. Immer mehr Städte schließen sich dem Bündnis Sichere Häfen an, zeigen also aktiv die Bereitschaft zur weiteren Aufnahme von Geflüchteten in Notsituationen. Die Initiative für die Mitarbeit bei „Sichere Häfen“ kam dabei z.T. aus dem Kreis der zivilgesellschaftlich Aktiven; dies gilt auch für andere „Bausteine“ lokal-kommunalen Umgangs mit den Geflüchteten als neuen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, wie z.B. in Bochum für die Einrichtung einer Beschwerdestelle. Besonderes Engagement zeigt z.B. der Oberbürgermeister von Potsdam, der nicht nur Sprecher von „Sichere Häfen“ ist und die Geschäftsstelle in der dortigen Kommunalverwaltung beherbergt, sondern auch ~~zu~~ in der Stadt selbst erheblich zu einer aufgeschlossenen Atmosphäre und zu einer Offenheit gegenüber Migrant*innenorganisationen beiträgt, was aber noch nicht zu einem geregelten Dialog „auf Augenhöhe“ geführt hat.

Rolle der Migrant*innenorganisationen wichtiger, aber unterschiedlich stark

Überall aber sind samo.fa und die Migrant*innenorganisationen, die vor Ort in der Flüchtlingsarbeit aktiv sind, als Akteure in diesem Feld nicht nur akzeptiert, sondern auch von Seiten der Stadt anerkannt; ihr Engagement wird ausdrücklich begrüßt. Dies hat eine Parallele zur Anerkennung und auch Förderung ehrenamtlicher Arbeit insgesamt; die Kommunen wissen, dass vieles lokal ohne dieses Engagement überhaupt nicht funktionieren würde. Dies wird z.B. ausdrücklich für Lübeck berichtet, wo die Stadt u.a. zur Förderung von Initiativen einen Integrationsfond aufgelegt hat, gilt aber auch für Halle (Saale), wo gewissermaßen auch im Sinne dieser Wertschätzung VeMo – dem Träger von samo.fa – die Ausrichtung der Eröffnungsveranstaltung 2019 der Interkulturellen Woche übertragen wurde.

Was die Migrant*innenorganisationen betrifft, so ist ihr tatsächliches *Gewicht* im Gesamt der lokal-kommunalen Flüchtlingsarbeit allerdings unterschiedlich und im Großen und Ganzen

immer noch nicht so entwickelt, wie es sein müsste. So wird z.B. im Städtedossier für Düsseldorf formuliert: „Hauptdefizit: Die mangelnde Wahrnehmung und die mangelnde Einbindung in die Arbeit der Verwaltung und der Politik“. Und Düsseldorf ist keine Ausnahme; auch z.B. für Hildesheim wird von einer Verdichtung der Zusammenarbeit berichtet, ohne dass sich samo.fa und sein Träger als zu Beteiligende ausreichend ernstgenommen fühlen. Auch z.B. aus Fulda wird berichtet, dass die Unterstützung durch die Kommunen wachse, „aber noch stark ausbaufähig sei“; immer noch würde samo.fa z.B. eher als Anreger denn als Mitgestalter behandelt.

Dies hat eine Reihe von Gründen; einige von ihnen werden noch zur Sprache kommen. An dieser Stelle soll zunächst auf jene Umstände hingewiesen werden, die mit den „kommunalen Arrangements“ vor 2015 zu tun haben und sich weiterhin auswirken. Zunächst sind Gewicht und Einfluss der traditionellen Wohlfahrtsverbände auf der lokalen Ebene hervorzuheben. Alle waren und sind in unterschiedlicher Weise im Migrationsbereich aktiv und sind eingespielte lokale Träger von Kindergärten, Sozial- und Beratungseinrichtungen und Treffpunkten. Sie reklamieren für sich eine hohe Professionalität und neigen dazu, mit diesem Argument Newcomer abzuwehren.

Deshalb ist Dortmund eher die Ausnahme als die Regel: dort waren zeitweilig mehrere Übergangswohnheime für Geflüchtete in Trägerschaft des vmdo, also eines Verbunds von Migrant*innenorganisationen, und heute auch Anlaufstellen in den Quartieren, während in Düsseldorf z.B. ausschließlich die Wohlfahrtsverbände mit der Trägerschaft für die 13 Welcome-Points für Geflüchtete in Quartieren beauftragt wurden. Auch für Dresden gilt, dass die Stadt dem Träger von samo.fa Migrationssozialarbeit und Flüchtlingsberatung für ein großes Stadtgebiet übertragen hat, was zu einem raschen Ausbau des dortigen Dienstleistungsbereichs führte.

Institutionelle Bausteine

In Nordrhein-Westfalen mit seinem landesweit etablierten System der *Kommunalen Integrationszentren (KI)* ist es für Anerkennung und Gewicht von Migrant*innenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit nicht unwichtig, wie die KIs selbst in dieses Handlungsfeld einbezogen sind und ob und wie es eine produktive Arbeitsbeziehung zwischen den KIs und samo.fa und den sie tragenden Organisationen gibt. Das ist von Standort zu Standort unterschiedlich: einer sehr engen Kooperation wie z.B. in Krefeld stehen freundschaftliche Routine bis Distanz gegenüber. Sympathien beim KI, so wird z.B. aus Münster berichtet, führen nicht automatisch zu einer Anerkennung im Rahmen der kommunalen Flüchtlingspolitik.

Beachtet werden muss auch das Verhältnis zu den gewählten kommunalen Vertretungen der Menschen mit Migrationsgeschichte. Die z.B. in NRW etablierten *Integrationsräte* sind demokratisch gewählt und sollen zwei Funktionen wahrnehmen: als eine politische Vertretung der Menschen mit Migrationshintergrund und zugleich als ein Expert*innengremien für das Thema Integration in den Gemeinden.

Es ist davon auszugehen, dass die jeweiligen Integrationsräte – die von Bundesland zu Bundesland unterschiedliche Namen haben und verschiedenen Regelungen folgen -

unterschiedlich aktiv bei der Flüchtlingspolitik mitgewirkt haben und einbezogen wurden. Die samo.fa – Koordination war zwar aufgefordert, auch Kontakt und womöglich Zusammenarbeit mit den Integrationsräten zu pflegen, aber auch dies erfolgt unterschiedlich: in manchen Fällen gibt es zumindest eine über Mitgliedschaft abgesicherte Kommunikation, wie in Köln, in anderen Fällen, wie z.B. in Göttingen, kommt es zu keiner Zusammenarbeit. In Saarbrücken gelingt es 2019 dem samo.fa-Träger Haus Afrika, die Mehrheit der Sitze im Integrationsbeirat zu gewinnen und den Vorsitzenden zu stellen.

In manchen Städten sind Vertreter*innen von samo.fa bzw. deren Trägerorganisationen als sachkundige Bürger*innen Mitglied in einschlägigen Ausschüssen vertreten, wie z.B. in Lübeck im Sozialausschuss oder in Braunschweig: auch eine Möglichkeit, auf die Belange der Geflüchteten in der Menschen mit Einwanderungsgeschichte insgesamt aufmerksam zu machen. Aus München z.B. wird hierzu berichtet, dass sich die Zusammenarbeit mit verschiedenen Referaten der Stadt weiterentwickelt habe und mittlerweile durchaus von einer „strategischen Einbindung“ gesprochen werden könne.

Ganz generell erweist sich als nicht einfach, sich und das Anliegen gut zu platzieren, insbesondere dann, wenn die Trägerschaft für samo.fa aus Netzwerken und schließlich Verbänden von Migrant*innenorganisationen besteht oder sich entwickelt, die kaum Überschneidungen zu den traditionell in den Integrationsräten oder anderen Gremien Vertretenen haben. Damit kommt – zunächst auf das Thema Flüchtlingsarbeit konzentriert – eine weitere organisierte migrantische Stimme ins Spiel; Konkurrenzängste und Spannungen können die Folge sein.

Etwas verallgemeinernd kann gesagt werden: Im Vergleich zu 2015 sind Gewicht und Anerkennung von Migrant*innenorganisationen in der lokal-kommunalen Flüchtlingsarbeit stark gewachsen und hierbei hat samo.fa eine wichtige Rolle gespielt. Geschätzt wird insbesondere die Mobilisierung ehrenamtlichen Engagements aus dem Kreis der Menschen mit eigener Einwanderungsgeschichte, denen man in besonderer Weise zutraut, „Brücken“ zu bauen.

Begegnungsräume und Dienstleistungen

Begegnungsräume in Verantwortung der Migrant*innenorganisationen sind hierfür eine wichtige Voraussetzung; ein Prüfstein für die Frage, wie wichtig Kommunen der Beitrag der Migrant*innenorganisationen ist, kann darin gesehen werden, ob sie Begegnungsräume finanziell fördern, wie das z.B. in Dortmund, Hannover, Braunschweig, Stuttgart und – in bescheidenem Umfang – z.B. auch in München und Freiburg geschieht, oder sich dem – wie z.B. in Hildesheim und Saarbrücken – bislang verweigern.

Je anforderungsreicher die Betreuung von Geflüchteten – insbesondere auch im Zuge ihres längeren Hierseins – eingeschätzt wird, desto mehr werden Vorbehalte in Hinblick auf die Professionalität der migrantischen Partner – vor allem im Hintergrund – ins Spiel gebracht. Und dies, obwohl viele der Träger von samo.fa schon seit Langem über professionelle Strukturen sozialer Dienstleistungen verfügen oder diese in den letzten Jahren aufgebaut und weiterentwickelt haben. Geschätzt und durch Teilnahme unterstützt werden aber regelmäßig

vor allem diejenigen Aktivitäten, die sich aufklärend oder dialogisch an die Stadtgesellschaft wenden, weil sie als Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in der Stadt verstanden werden.

Unterhalb der Steuerungsebene, aber mehr beteiligt

Die Planungs- und Steuerungsebene kommunaler Flüchtlingspolitik ist den in diesem Feld aktiven Migrant*innenorganisationen und der samo.fa-Koordinierung bisher allenfalls punktuell und eher dialogisch als systematisch zugänglich. Allerdings ist durch die Berichte kein klares Bild darüber zu gewinnen, ob und wie kommunalseitig Steuerung und Koordinierung heute erfolgen. Dies wird nicht einheitlich sein, weil die Kommunen jeweils unterschiedliche Modi und Traditionen von Steuerung aufweisen. Auf jeden Fall wird die Querschnitts koordinierung zwischen den verschiedenen betroffenen Abteilungen oder Bereichen der Stadtverwaltung und zu den zuständigen Institutionen außerhalb der Stadtverwaltung gegenüber der Zeit vor 2016, wie z.B. in Düsseldorf oder in Fulda oder mit einer Einrichtung eines Dienstleistungszentrums Migration und Integration in Halle (Saale), verstärkt worden sein.

Wie sich die in vielen Städten durchaus verstärkte Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen und insbesondere mit jenen, die samo.fa verantworten, diesem „Setting“ zuordnet, bleibt auch deswegen undeutlich, weil auch von diesen bisher selten eine Klarstellung eingefordert wird. Es wird in vielen Fällen so sein, dass sowohl samo.fa als auch den Migrant*innenorganisationen mehr oder weniger deutlich *vor allem die „klassische“ Rolle des Kümmerers* zugeschrieben wird, wie dies z.B. in Reutlingen geschieht, – und diese dies auch manchmal zu akzeptieren bereit sind. Zur einen Seite hin, zur anderen Seite wird aus einer Reihe von Städtedossiers sehr deutlich, dass sich die *Kümmerer-Rolle* selbst gewandelt hat: z.B. für Lübeck, aber auch für Kiel und Stralsund und weitere Städte gilt, dass es samo.fa zunehmend gelingt, der Lage und den Bedarfen von Geflüchteten gegenüber den Kommunen auch deswegen eine authentische Stimme zu geben, weil die Geflüchteten selbst zu Wort kommen. Hierzu werden eine große Zahl verschiedener Veranstaltungsformate ins Spiel gebracht, die von kommunalen Vertreter*innen aus Verwaltung *und* Politik mit Interesse besucht und verfolgt werden.

Übrigens ist die verstärkte Rolle der Migrant*innenorganisationen im lokal-kommunalen Kontext auch für diese selbst nicht einfach. Was aus Fulda zu Spannungslagen berichtet wird, findet sich auch in anderen Städtedossiers: Einer gewissen Frustration und Ermüdung bei den Aktiven, weil sich die Durchsetzung von Teilhabe als zäher und schwieriger erweise als 2015 gedacht, stehe gleichzeitig eine hohe und wachsende Erwartung auf der kommunalen Seite gegenüber.

Migrant*innenorganisationen sind als Partner nicht mehr wegzudenken

Migrant*innenorganisationen sind als Partner in der lokal-kommunalen Flüchtlingsarbeit nicht mehr wegzudenken, aber sie sind an deren Planung, Steuerung und Koordinierung zumeist noch nur punktuell und am Rande beteiligt. Dies erklärt sich auch aus dem Umstand, dass Flüchtlingsarbeit als *kooperatives* kommunalstrategisches Projekt bisher nicht die Regel

ist, aber auch, weil dies von den Migrant*innenorganisationen „vor Ort“ bisher auch kaum oder nicht nachdrücklich genug eingefordert wurde. In diesem Zusammenhang kann auch beobachtet werden, dass in manchen Städten mit langer Tradition der Sorge um Menschen mit Einwanderungsgeschichte auch in der Organisation der Zusammenarbeit eher ein paternalistischer als ein auch auf kritische Eigenständigkeit und Selbstorganisation basierender „Stil“ fortbesteht.

Die Auswertung der Städtedossiers 2019 führt zu dem Eindruck, dass die Migrant*innenorganisationen, die samo.fa tragen, sich (noch) nicht in einer kritisch-konstruktiven und vor allem systematischen Bewertung und Auseinandersetzung mit der jeweiligen kommunalen Flüchtlingspolitik üben. Zugleich aber sind viele Städte konzeptionell und „mental“ in die Phase der Normalitätsroutine eingetreten, in der die besondere Konzentration der letzten Jahre auf Flüchtlingsarbeit auf ein „Normalmaß“ zurückgeführt werden soll; ein Handlungsfeld also tendenziell an Aufmerksamkeit einbüßt, in dem sich die Migrant*innenorganisationen in besonderer Weise profiliert haben.

Die Geflüchteten als Zielgruppe und als Handelnde

Die Förderung des samo.fa-Projekts – wie auch anderer Projekte in diesem Kontext – durch die Bundesregierung hatte als Prämisse, dass Menschen mit eigener Einwanderungs- und Fluchtgeschichte, die schon länger in Deutschland leben, einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung und (frühen) Orientierung von neugekommenen Geflüchteten leisten können; sie können mit ihnen Erfahrungen teilen, ihnen auf der Basis der eigenen Geschichte Hinweise für den neuen Alltag geben und ggf. auch muttersprachlich vermitteln.

Insofern wurde und wird die eigentliche Zielgruppe, nämlich die Geflüchteten, vor allem *indirekt* adressiert, nämlich durch Aktive aus Migrant*innenorganisationen als erfahrungsnaher „Mittler“. Der Kreis solcher „Aktiven“ wird vor Ort mal weiter, mal enger gefasst; ihre Kerngruppe besteht neben den hauptberuflichen Koordinator*innen stets aus Ehrenamtlichen, die sich über einen gewissen Zeitraum kontinuierlich engagieren, hierfür ein Zeitkontingent einsetzen, eine Ehrenamtspauschale erhalten, in diese Aufgabe eingewiesen werden und im Prinzip als ein „Team“ arbeiten sollen. Entscheidende Fragen für die Wirksamkeit solcher Aktivitäten sind demnach, *wie Geflüchtete und Aktive zueinanderfinden und wie sich diese Beziehung schließlich gestaltet.*

Es liegt auf der Hand, dass sich beides im Verlauf der Jahre, in denen diejenigen, die bleiben, ihren Weg in einen neuen Alltag machen, verändert hat. Dem soll in diesem Abschnitt auf der Basis der Städtedossiers 2019 nachgegangen werden.

Von unmittelbarer Hilfe zur Begleitung in den neuen Alltag

Stand noch 2016 die unmittelbare Hilfe und Unterstützung im Zentrum, so zeigt sich 2019 ein sehr viel differenziertes Bild: Die Mehrheit derjenigen Geflüchteten, die 2015 gekommen und geblieben sind, hat so weit in ihrem neuen Alltag Fuß gefasst, dass sie unmittelbarer basaler Hilfe und Unterstützung nicht mehr bedarf. Dass hat auch mit dem Umstand zu tun, dass sich Städte und auch z.B. die immer wichtiger werdenden Job-Center besser auf die neuen

Bürgerinnen und Bürger mit Fluchtgeschichte eingestellt haben. Gerade für diejenigen, die erfolgreich gute Schritte in den neuen Alltag gemacht haben, mag zutreffen, was aus Stuttgart mitgeteilt wird: „Der große Wunsch der Menschen mit Fluchterfahrung ist, nicht mehr als ‚Geflüchtete‘ oder noch schlimmer als ‚Flüchtlinge‘ bezeichnet zu werden.“ Auf der anderen Seite haben sich an verschiedenen Orten auch engere Beziehungen entwickelt, die auf einem gewachsenen Vertrauen aufbauen, so z.B. in Reutlingen, wo die Arbeit mit geflüchteten Familien im Zentrum steht: „Die Familien fragen gezielt nach Hilfe oder Informationen, melden ihre Kinder bei unseren Ferienprogrammen oder Bildungsangeboten an, fragen um Rat bei schwierigen Lebenssituationen“.

In der Zwischenzeit haben sich samo.fa und die sie tragenden Migrant*innenorganisationen lokal auch als eine kompetente Stimme für die Lage und die Interessen der Geflüchteten etabliert: die lokalen Dialogkonferenzen und andere Formen der Sichtbarmachung in der lokalen Öffentlichkeit und gegenüber der Politik sind zu einem wichtigen Handlungsfeld geworden. Vor diesem Hintergrund haben sich auch die Schwerpunkte der samo.fa-Arbeit oftmals verschoben. Dort, wo samo.fa in einen Verbund oder Netzwerk von Migrant*innenorganisationen aktiv eingebettet ist, „wandert“ der direkte betreuende Kontakt mit Geflüchteten stärker zu diesen, wie z.B. in Hannover, oder war von vornherein so gedacht, wie z.B. in Stuttgart und München, oder es kommt der Träger stärker ins Spiel, wenn dieser einen sich erweiternden Dienstleistungsbereich mit ausdifferenzierten Handlungsfeldern hat, wie in Kiel oder Dresden.

Unsicherer Aufenthaltsstatus als Hemmnis

Auf der anderen Seite befindet sich noch ein erheblicher Teil der Geflüchteten in einem unsicheren Aufenthaltsstatus – darauf wird z.B. explizit aus Potsdam hingewiesen- und ist mit erheblichen Schwierigkeiten beim Einstieg in Bildung und Ausbildung oder in den Arbeitsmarkt belastet; und dies, obwohl ihre Ankunft z.T. schon Jahre zurückliegt. Enttäuschung und Verzweiflung sind unter ihnen durchaus anzutreffen; Drogen und Alkohol werden zum Thema, wie z.B. in Halle (Saale), in Stralsund oder in Nürnberg. Hinzukommt, dass die Familienzusammenführungen nur schleppend erfolgen, wie z.B. aus Hildesheim berichtet wird. Und: Der Zugang Asylsuchender hat sich zwar verringert, ist aber in den vergangenen Jahren niemals abgerissen, während sich die Zusammensetzung nach Herkunftsländern verändert hat, so wird z.B. aus Leipzig von größeren Gruppen aus Georgien und Venezuela berichtet.

Aus den Städtedossiers geht allerdings eher selten – wie z.B. aus Leipzig, Stralsund, München und Freiburg, wo von einer Demonstration gegen Abschiebungen nach Gambia berichtet wird - hervor, ob Abschiebungen zu einem Thema der lokalen Arbeit werden. Es sind wohl vor allem Geflüchtete aus Ländern mit niedrigen „Schutzquoten“ in Duldung, bei denen die Angst vor der Abschiebung ihr Lebensgefühl stark beeinträchtigt. Aus Stuttgart findet sich der Hinweis auf ein dort – und in anderen Städten – angesiedeltes Projekt „Perspektive Heimat“, ein Beratungszentrum für „Jobs, Migration und Reintegration“ des BMZ.

Auch notfallbezogene Hilfe wird weiter gebraucht

Es bleibt durchaus auch bei notfallbezogener Hilfe, die z.B. aus Göttingen, aus Freiburg mit Hinweis auf Begleitung bei Arztbesuchen, und aus Saarbrücken – ebenfalls vor allem im Feld von Gesundheit - berichtet wird. Nur aus Saarbrücken findet sich der Hinweis auf Menschen ohne einen legalen Aufenthaltsstatus – also *sans papiers* –, die Hilfe suchen und benötigen, und auf Geflüchtete mit Behinderungen.

Notlagen von Menschen spielen auch deshalb im Alltag der Koordinierungen und Aktiven oftmals eine erhebliche Rolle, weil durch die Auftritte in der Öffentlichkeit und das Bekanntwerden von samo.fa in den migrantischen Communities das Ansteuern als Notfalladresse und niedrigschwellig erreichbare „Auskunftei“ naheliegt. Davon wird z.B. aus Potsdam berichtet, und auch aus Erfurt, wo es um eine intensive Betreuung von eingewanderten Roma-Familien geht.

Die konkrete Unterstützung von Menschen mit Fluchtgeschichte wird nicht aufgegeben, sondern weitergeführt, aber sie wird zielgerichteter, nämlich auf Gruppen von Menschen mit Fluchtgeschichte bezogen, die aus verschiedenen Gründen auch jetzt noch (oder vor allem jetzt!) besonderer Aufmerksamkeit und Unterstützung bedürfen.

Rassismus beeinträchtigt

In der Regel werden diese zielgruppenorientierten Aktivitäten intensiver und kontinuierlicher und laufen z.T. auf recht stabile Bildungen von Gruppen hinaus, die aber ihre Offenheit für andere behalten. Für die Jahre 2020-2021 wird es darum gehen, besondere Aufmerksamkeit auf jene zu richten, die sich in besonders schwierigen und risikoreichen Lebenslagen befinden und Menschen mit Fluchtgeschichte und *jene, die sich für diese engagieren*, vor Anfeindungen zu schützen und auf eine bessere Anerkennung zivilgesellschaftlichen Engagements hinzuwirken. Anti-Rassismus ist z.B. ein Schwerpunktthema in Berlin; Antidiskriminierungstrainings werden an verschiedenen Standorten vor allem für ehrenamtlich Aktive angeboten, z.B. in Potsdam aber auch allgemein für Geflüchtete bereitgestellt. Demgegenüber scheint Rassismus in Städten mit einem traditionell sehr hohen Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte und einer gut entwickelten Teilhabepolitik nicht so virulent zu sein; jedenfalls wird z.B. aus Stuttgart und Reutlingen berichtet, dass Rassismus bisher „nicht auf der Prioritätenliste“ sei.

Wer diese Gruppen vor Ort jeweils sind, hängt eben auch damit zusammen, wie *die Aktiven zu diesen Gruppen Zugang haben oder Zugang finden*. So werden etwa je nach Herkunftsprägung des Trägers von samo.fa Geflüchtete aus diesem Kontext in die Aufmerksamkeit gerückt, so z.B. in Münster Menschen mit Herkunft aus verschiedenen afrikanischen Ländern, oder in Göttingen aus Tschetschenien. Bei den Trägern besonders vorhandene fachliche Expertise und/oder Problemorientierung führen ebenfalls zu Schwerpunktsetzungen, wie z.B. Bildung und der Aufbau und die „Pflege“ einer Jugendgruppe in Göttingen oder Freizeitaktivitäten mit Kindern, wie in Düsseldorf.

Das Spektrum der Zielgruppen wird breiter und differenzierter

Das Spektrum der Zielgruppen wird breiter, vor allem, wenn es sich bei den Trägern nicht um einzelne Migrant*innenorganisationen handelt, sondern um *Verbünde*, weil damit multiple Zugänge verbunden sind. Neben dem, was an konkreter Flüchtlingsarbeit eingespielt ist und weitergeführt wird, verschieben sich und entstehen neue Schwerpunkte. So schieben sich Themen wie Ausbildung, Arbeitsmarkt, und die Begleitung zum Jobcenter, wie z.B. in Köln, nach vorne. Gerade dann, wenn es nach entsprechender Vorbereitung um den Eintritt in den Arbeitsmarkt geht, wird das Weiterlernen der deutschen Sprache erneut akut: Sprachcafés wie in Bielefeld oder in Fulda – wo dies die „zentrale Achse“ der Arbeitsmarktvorbereitung für Geflüchtete ist - nehmen dies auf, oder Wochenendseminare zur Berufsorientierung wie in Hannover, oder auch – mit einer anderen Zielgruppe – das Bewerbungscoaching für Hochschulen in Berlin. Motivierung für Bildung bleibt ein wichtiges Anliegen, so z.B. mit einem Schultütenfest in Stralsund oder mit Kinderfesten in Erfurt.

An vielen Standorten rücken *geflüchtete Frauen* als Zielgruppe noch stärker als bisher in die Aufmerksamkeit, wie z.B. in Bochum, und schon seit Längeren z.B. als Kochgruppe in Neuss, als Nähwerkstatt in Bielefeld oder als Interkultureller Mädchentreff in Lübeck. Das wird auch z.B. aus Halle (Saale) und Berlin mit besonderer Aufmerksamkeit gegenüber geflüchteten Frauen aus afrikanischen Ländern berichtet. Der Weltfrauentag ist, wie z.B. in Berlin, oftmals Anlass für Treffen und öffentlichkeitswirksame Aktionen. In Dresden wird die Arbeit im Weltclub in den nächsten beiden Jahren durch das landesgeförderte Projekt `Powerful women of colour` akzentuiert sein. Was an allen Standorten, an denen mit geflüchteten Frauen gearbeitet wird, im Hintergrund eine Rolle spielt, nämlich *Gewalt gegen Frauen*, insbesondere auch gegenüber jenen mit Kopftuch, wird z.B. in Stralsund explizit zum Thema.

Wohnen in Gemeinschaftsunterkünften oder im Quartier: Wie Kontakt halten?

Schließlich müssen beim Übergang aus Gemeinschaftsunterkünften in Wohnungen Wege gefunden werden, nach wie vor nah bei den Menschen zu sein: Quartiersarbeit wird, wie z.B. traditionell in Bielefeld, und nun auch z.B. in Dortmund, Bochum, in Dresden und Lübeck, zu einer wichtigen Herausforderung. Mit der Hinwendung zum Quartier werden Benachteiligungen zum Thema, die Geflüchtete mit dort schon lebenden Menschen mit Einwanderungsgeschichte teilen; so wird z.B. aus Erfurt von einer schleichenden „Ghettoisierung“ gesprochen, oder z.B. in Hildesheim rückt sich auf bestimmte Quartiere konzentrierende Bildungsbenachteiligung in den Blick. In Saarbrücken wird der Blick unter der Überschrift „PatchWorkCity“ auf sogenannte Ankunftsquartiere gelenkt, in der sich die migrantische Bevölkerung zunehmend konzentriert. Aus Fulda wird berichtet, dass ein Zuzug von Menschen mit Fluchtgeschichte aus der ländlichen Umgebung in das Stadtzentrum zu gewünscht und auch versucht wird, aber oftmals an der Situation auf dem Wohnungsmarkt scheitert.

Allerdings muss auch an dieser Stelle noch einmal betont werden, dass viele Menschen mit Fluchtgeschichte nach wie vor in *Gemeinschaftsunterkünften* leben. Aus Nürnberg z.B. und aus München gibt es erneut den Hinweis auf die sogenannten *Fehlbelegungen*, also auf Personen, die aufgrund ihres Status ausziehen dürfen, aber nicht können, weil sie keine

Wohnung finden. In München z.B. leben 10 Prozent der Menschen in Gemeinschaftsunterkünften schon drei Jahre und länger dort.

Wohnen und Arbeiten: besonders schwierige Handlungsfelder

Die äußerst angespannte Lage auf den Wohnungsmärkten macht „Wohnen“ zu einem Thema, das von den Migrant*innenorganisationen und ihren Aktiven kaum bearbeitbar ist; darauf wird z.B. im Bericht aus Stuttgart hingewiesen: es gäbe von ihnen keine Initiative, denn der Wohnungsmarkt sei „dicht“.

Bei den zentralen Handlungsfeldern, wie sie im samo.fa-Kontext seit 2017 ins Zentrum gerückt wurden, zeigen sich also z.T. Wirksamkeitsgrenzen. So wird z.B. aus Fulda berichtet, dass Veranstaltungen zum Arbeitsmarkt anfänglich großes Interesse bei den Geflüchteten fanden, dies aber abnahm, weil keine wirklichen Vermittlungen erfolgen konnten. Ähnliches findet sich im Städtedossier aus Freiburg: „In den Handlungsfeldern Arbeit und Wohnen, den wichtigsten, aber schwierigsten Bereichen, sind den Vereinen die Hände gebunden“. Für Freiburg gilt aber auch, dass ein erfolgreiches vereinsübergreifendes Format, nämlich die Jobbörse, im Jahr 2019 nicht wiederholt werden konnte. Verweisberatungen und der hierfür erforderliche Aufbau von lokalen Kooperationsnetzen oder das Andocken an sie sind der Weg, der sich für die Weiterarbeit anbietet.

Der Kreis von Menschen mit Fluchtgeschichte, der erreicht wird, ist ziemlich groß

In den Städtedossiers finden sich auch Hinweise auf neue Orientierungs- und Aktivitätsangebote für Geflüchtete, die zuzeiten der basalen Notlagen noch keine Rolle gespielt haben: Umweltschutz und Mülltrennung (Kiel), das Erlernen von Musikinstrumenten (Lübeck) oder Poetry- und Schreibwerkstätten (Berlin und Weimar), interkulturelle Kräuter- und Naschgärten (Lübeck) oder die Adressierung von Menschen aus der LSBTIQ* - Community, wie z.B. in Hannover. Sportveranstaltungen, so wird z.B. aus Stuttgart berichtet, bleiben als „Brücke“ besonders wichtig.

Die Zahl derjenigen Menschen mit Fluchtgeschichte, mit denen direkt etwas unternommen wird, ist also zwar von Ort zu Ort – in Relation zu den vorhandenen Kapazitäten und dem Aufwand, der mit den Aktivitäten verbunden ist – unterschiedlich, aber begrenzt. Das Alleinstellungsmerkmal ihres Beitrags ist, dass er auf der Basis geteilter Erfahrungen erfolgt. Die Ausstrahlung dieser Art praktischen Engagements geht weit über den Kreis der direkt Teilnehmenden hinaus, weil sich dies als eine potenzielle eigene Option mit dem entsprechenden Vertrauensvorschuss in den Communities verbreitet.

Nimmt man die direkte Betreuungsarbeit, die Teilnahme an diversen Veranstaltungen, punktuelle Kontakte und die Kontaktfelder, die die Mitgliedsorganisationen eines Trägerverbands bieten, zusammen, dann muss z.B. die Angabe aus Düsseldorf, man erreiche 2000 Geflüchtete, kein Wunschtraum sein; auf einen engeren Wirkungsradius bezogen, spricht das Städtedossier Saarbrücken von 300 Geflüchteten, die erreicht wurden. So wird z.B. aus Berlin berichtet, dass mit den Aktivitäten zum Weltfrauentag 400 Personen erreicht wurden. Verschiedentlich, so z.B. aus Stralsund, wird darauf hingewiesen, dass das Interesse

der Männer an Veranstaltungen ab- und das von Frauen zunehme. Als ein Grund wird darauf hingewiesen, dass Männer einen leichteren, wenn auch oft genug prekären Zugang zum Arbeitsmarkt hätten.

Bei der Frage, wie die Unterstützung gestaltet wird, kommt auch der erfolgte Kompetenzaufbau bei Koordinierung und bei den Aktiven ins Spiel, beziehungsweise die Fähigkeit, Expertise zu Rate zu ziehen oder über Zusammenarbeit einzubringen, bzw. der erfolgte Aufbau eines Dienstleistungsbereichs bei den Trägerorganisationen von samo.fa.

Die Menschen mit Fluchtgeschichte werden zunehmend selbst aktiv

Eine besonders wichtige Veränderung, die 2019 offenkundig geworden ist, besteht darin, dass die Menschen mit Fluchtgeschichte zunehmend selbst aktiv werden. Aus ihren Reihen wirken sie mittlerweile an fast allen Standorten als Aktive mit. An manchen Orten ist es so, dass die Aktiven mit einiger erst kurze Zeit zurückliegender Fluchtgeschichte als Aktive den Platz von anderer einnehmen, die ihr Engagement zurückgefahren oder beendet haben. Berichtet wird nahezu von überall her und z.B. aus Düsseldorf und Köln darüber, dass Geflüchtete eigene Vereine gründen; in Köln z.B. auch aus den Reihen der aus südosteuropäischen Ländern gekommenen Roma. Die Unterstützung solcher Neugründungen ist für die Koordinator*innen und Aktiven zu einer neuen weiteren Aufgabe geworden. Davon wird in vielen Städtedossiers berichtet, u.a. aus Stuttgart, wo für samo.fa die „Unterstützung der Vereins- und Initiativengründungen als Hauptaktivität“ benannt wird.

Mit dem Fortschreiten des Ankommens im neuen Alltag wird auch die Geschichte der eigenen Community stärker zum Thema, wie z.B. in Bochum. In dieselbe Richtung weist die im Kontext von samo.fa 2019 erfolgte Präsentation der Ausstellung „Onkel Hasan und die Generation der Enkel“ in Bielefeld und in Saarbrücken. Schließlich gibt es, z.B. aus Köln, Hinweise darauf, dass manche Geflüchtete, die sich einigermaßen gut in den neuen Alltag eingefunden haben, neben ihren im Herkunftsland verbliebenen Familien auch gerne Projekte, wie z.B. Schulen, in ihren Herkunftsländern unterstützen wollen. So wird z.B. aus Berlin über Vereinsinitiativen berichtet, in denen es um die Förderung von Permakultur oder den Wiederaufbau in Syrien geht.

Der schwierige Umgang mit den Ehrenamtlichen

Die Überschrift dieses Abschnitts mag verwundern: sind doch die Ehrenamtlichen - die „Aktiven“ aus dem Projekttitel von samo.fa – das gedachte Handlungszentrum dieses Typs von Flüchtlingsarbeit. Und natürlich gibt es sie an allen Standorten und ihr Engagement als „Mittler“ ist unverzichtbar. Sie in das Zentrum zu rücken, ist zum einen Folge der mit sozialstaatlichen Defiziten verbundenen Aufwertung bürgerschaftlichen Engagements, zum anderen aber auch der Wunsch, man könne das im „langen Sommer des Willkommens“ sichtbar große Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger durch Unterstützung und „Pflege“ auf eine gewisse Dauer stellen. Zum dritten aber gab es die Erwartung, dass gerade aus solidarischen Selbsthilfeorganisationen wie jenen der Migrant*innen das Engagement Aktiver

in der Flüchtlingsarbeit kommen werde; eine Erwartung, die durchaus zutreffend war und sich schon vor 2015 und vor allem während der Ankunft so vieler Geflüchteter zeigte.

Dennoch war von Anbeginn klar, dass es sich um eine schwierige Gruppe handeln würde – und zwar je länger sie gebraucht würde umso mehr. Denn es wurde und wird von ihnen erwartet, dass sie Menschen in einer schwierigen Lebenssituation beistehen, und zwar in einer Weise, die Empathie und Distanz ausbalanciert, und zunächst auch in einer Begleitungsdichte, die zeitlich neben den eigenen Verpflichtungen, die weiterlaufen, durchaus zu Buche schlägt.

Anders gesagt: sowohl die zeitliche als auch die psychologische Belastung sind nachvollziehbar hoch. Hinzukommt ein weiterer Aspekt: Waren am Anfang, als es um sehr basale Bedarfe und Orientierungen ging, Bereitschaft und alltagsweltliche Fähigkeiten ausreichend, so entwickelten sich mit zunehmender Aufenthaltsdauer Problembereiche, für deren betreuenden Umgang erweiterte Kenntnisse und Kompetenzen notwendig wurden.

An vielen Standorten geht die Zahl der ehrenamtlich Aktiven zurück...

Tatsächlich wird von verschiedenen Standorten berichtet, dass die Zahl der ehrenamtlich Aktiven zurückgeht, z.B. aus Berlin, Leipzig, Potsdam und Fulda. Aus Stuttgart wird bemerkt, dass insbesondere das Engagement von Ehrenamtlichen aus den alteingesessenen Vereinen zurückgegangen sei. Aus Lübeck wird aufgrund der fortbestehenden Schwierigkeiten bei der Integration von Geflüchteten auf „Müdigkeit und Frustration“ bei den ehrenamtlich Aktiven hingewiesen; schon 2018 war es offenbar schwierig, neue zu gewinnen.

Die Fluktuation ist insgesamt groß; vielfach waren zuletzt Aktive aus dem Kreis der Geflüchteten selbst gewonnen worden und jede Aufnahme einer Beschäftigung verringert die Spielräume für ehrenamtliches Engagement; darauf wurde z.B. aus Erfurt hingewiesen. Oftmals verschob sich als Folge auch die Zusammensetzung der Kreise der Aktiven, weil – im Umkehrschluss zu jenen, die wegen Arbeitsaufnahme ausfallen - z.B. Personen in Rente oder ohne Beschäftigungsverhältnis mehr Zeit aufbringen konnten und können, aber auch, weil Personen mit einer bestimmten Expertise für die Mitarbeit gewonnen werden konnten. Aber auch bei diesem Personenkreis kann es Schwankungen geben, z.B. wenn – wie in Fulda – Studierende für die Anregung von Freizeitaktivitäten für Kinder aus Familien mit Fluchtgeschichte gewonnen werden können, dies aber „abbröckelt“, weil dies Engagement keine offizielle Anerkennung im Studium findet.

„Sich-Kümmern“ im schlichten Sinne des Begriffs reichte nicht mehr aus, und selbst dort, wo dies noch im Vordergrund steht, werden die Anforderungen, z.B. bei den – wie aus Potsdam betont wird – weiterhin notwendigen Besuchen in Gemeinschaftsunterkünften komplizierter und– aufgrund der emotionalen Situation, in der sich die Geflüchteten vor allem nach lange andauerndem ungeklärten Aufenthaltsstatus befinden – auch belastender.

Einer durchaus vorhandenen Engagementbereitschaft stehen vor allem bei öffentlichen Auftritten die Angst, Gesicht und Stimme zu zeigen – darauf wurde z.B. aus Potsdam hingewiesen – oder in Gremien das Wort zu machen – wie z.B. aus Kiel berichtet wurde – gegenüber. Fasst man den Kreis der ehrenamtlich Aktiven weiter und schließt die zentralen Personen aus den beteiligten Migrant*innenorganisationen mit ein, ist rasch zu erkennen,

dass sich vieles auf wenige Personen konzentriert und es beim Weggang solcher Schlüsselpersonen zu Rückschlägen kommt, wie z.B. aus Leipzig am Beispiel der dortigen afghanischen Community berichtet wird.

... aber auf einen kleineren aktiven Kreis kann oftmals gerechnet werden

Die Koordinator*innen mussten reagieren und boten Erfahrungsaustausche und Qualifizierungen an, wie z.B. und etwas ungewöhnlich „1.Hilfe“ in Mönchengladbach, oder auch in Potsdam als Basis für das Engagement als Gesundheitsmultiplikator. In Halle (Saale) gibt es gemeinsam mit der FreiwilligenAgentur monatliche Weiterbildungsangebote, die sich u.a. auch auf eine bestimmte Form der Teambildung, wie Sprachbegleiterpool und Trainingspool Gesundheitslotsen, stützen können.

Aus Koordinationssicht ist die Weiterqualifizierung von ehrenamtlichen Aktiven unabdingbar, weil sich die Anforderungen verändert haben und sie ohne Weiterqualifizierung nur schwer „einsatzbar“ sind und insofern dann selbst zu einer „Problemgruppe“ für die Arbeit werden, wie aus Berlin angemerkt. Auf der anderen Seite zeigte sich auch, dass dies „leichter gesagt als getan ist“; so z.B. wird aus Dresden berichtet, dass Qualifizierung, aber auch regelmäßige Treffen zwischen ehrenamtlich Aktiven und dem professionellen Team oftmals nicht zustande kamen.

In der Regel kristallisierte sich im Laufe der Zeit aus dem größeren Kreis jener, die sich engagiert hatten und noch engagieren, eine kleinere Gruppe heraus – gewissermaßen eine *Kerngruppe* von Aktiven - , mit der eine intensive und längerfristige Zusammenarbeit möglich schien und die auch Verantwortung für verschiedene Aufgaben im samo.fa-Kontext übernehmen wollte und konnte. Für solche Tätigkeiten konnte eine *Ehrenamtspauschale* gezahlt werden, die für manche neben der Motivation des Helfens das Engagement auch attraktiv machte.

Als zentrale Schwierigkeit, auf die sowohl aus Krefeld und Münster als auch aus anderen Standorten hingewiesen wird, erweist sich, ehrenamtliches Engagement über einen langen Zeitraum – hier also nun schon über mehrere Jahre – aufrechtzuerhalten. Es ist nicht nur, dass bei manchen Motivation und Engagementbereitschaft mit Abstand zum auslösenden Ereignis des Jahres 2015 erlahmen, die Vereinbarung der eigenen Verpflichtungen und Interessen mit der fortdauernden Unterstützung anderer wird schwieriger und belastender. Und gerade bei jenen, die sich über längere Zeit intensiv und aufopfernd gekümmert haben, sind „burn-out“-Symptome feststellbar, von „Erschöpfung“ wird z.B. aus Nürnberg, Heilbronn und Fulda berichtet. Anerkennung und Ermutigung, wie z.B. das aus Hildesheim berichtete Dankeschön-Fest, sind wichtig und haben auch über den unmittelbaren Kreis hinaus symbolische Bedeutung.

Wie mit den ehrenamtlich Aktiven gearbeitet wird, macht den Unterschied

2019 hat sich die Ehrenamtsarbeit an vielen Standorten eingespielt, aber eben unterschiedlich, an manchen bleibt sie aber eher unsystematisch und zufällig. Es hat sich – um die Koordinator*innen herum – ein kleiner Kreis von Aktiven stabilisiert, der vielfältige

Aufgaben im samo.fa-Kontext übernimmt – und dabei immer auch in besonderer Weise direkte „Tuchföhlung“ zu den Menschen mit Fluchtgeschichte unterhält. Auf diese Weise haben sich in diesem Kreis auch eine Art spezialisierter Zuständigkeiten herausgebildet: ein kleinerer Kreis, aber dafür eine stabile Zusammenarbeit, wie es z.B. aus Bielefeld berichtet wird. Mentor*innenansatze, wie z.B. in Heilbronn, oder die Weiterbildung von Aktiven, etwa zu Jugendleitern, wie z.B. in Saarbrücken, oder eine engere Zusammenarbeit von ehrenamtlich Aktiven und Expert*innen, wie z.B. in Nürnberg, sind hierbei hilfreich. -

Dieser enge Kreis ist wiederum oftmals umgeben von einem größeren Kreis von Personen, die Bereitschaft haben, sich zu engagieren, aber dies nur zeitlich begrenzt und punktuell zu leisten in der Lage sind. Dieser verbreiterte Kreis von Aktiven kommt z.B. dann zur Geltung, wenn es darum geht, größere Veranstaltungen zu organisieren. Dies ist aber zugleich auch ein Hinweis darauf, dass an den Standorten und durch die Koordinator*innen *unterschiedliche Konzepte der Arbeit mit ehrenamtlich Aktiven* verfolgt werden.

Etwas vergrößert kann man zwischen drei Ansätzen unterscheiden: Zum einen wird versucht, zwischen den Personen, die die Koordinierung innehaben, und einem kleineren Kreis von ehrenamtlich Aktiven ein *Team* zu bilden, in dem man sich die Koordinierungsaufgaben aufteilt und zugleich die Orientierung auf praktische Unterstützung der Geflüchteten-Zielgruppen nicht verliert. Der zweite Ansatz versteht die Förderung von ehrenamtlich Aktiven in einem viel weiteren Sinne, aber auch punktueller: es wird versucht, den Kreis der Aktiven aus den verschiedenen ansprechbaren Migrant*innenorganisationen in Informationsveranstaltungen, Erkundungen und Qualifizierungen einzubeziehen, um insgesamt die ehrenamtliche Basis zu stärken. Und zum Dritten wurde und wird keine systematische Arbeit mit ehrenamtlich Aktiven verfolgt oder nur punktuell eingesetzt oder aufgrund von Schwierigkeiten aufgegeben; die Koordinierung dominiert das Geschehen und ist auf diese Weise nicht selten überlastet.

An manchen Standorten gelingt es, den engeren Kreis der samo.fa - Aktiven durch die Einwerbung ergänzender Förderung zu erweitern, wie z.B. in Düsseldorf über das Programm „Menschen stärken Menschen“. Wenn es also gut läuft und die Koordinator*innen hierauf besonderes Gewicht legen, ist um die Koordinator*innen herum und mit ihnen eine *Kerngruppe von kompetenten und belastbaren Aktiven* entstanden, die das Projekt einer kontinuierlichen Flüchtlingsarbeit trägt. Dies ist in der Regel mit einem durchaus nennenswerten Arbeitseinsatz verbunden.

Samo.fa – Club und Ehrenamtsvergutung

Voraussetzung für stabile Zusammenarbeit sind regelmäßige Treffen, wie sie z.B. in Kiel im Rahmen des samo.fa-Clubs immerhin achtmal in 2019 stattgefunden haben. Aus Freiburg wird berichtet, dass der samo.fa-Club sich alle sechs bis acht Wochen mit stabiler Teilnahme und wechselnden Themen, wie z.B. Argumentationstraining gegen Rechts oder Forderungsmittelakquise, getroffen habe. In Reutlingen z.B. wurde der samo.fa-Club durch eine spezifische Ausrichtung belebt, nämlich als ein Pool von Kinderbetreuer*innen mit und ohne Migrationshintergrund. Anderswo gelingt dies weniger oder nicht: so wird z.B. aus Hannover berichtet, dass es nicht gelungen sei, sich wie geplant monatlich zu treffen und nun die Idee

einer breiteren Vernetzungsplattform auch mit ehrenamtlich Aktiven aus anderen Organisationen und Initiativen verfolgt wird. Auch aus Stuttgart wird berichtet, dass der samo.fa-Club nicht gut funktioniert habe.

Es ist verständlich, dass vor diesem Hintergrund die *Ehrenamtsvergütung* – und zwar sowohl die Anzahl der Personen, die sie pro Standort erhalten können als auch die Höhe der Vergütung – zu einer wichtigen Frage der Stabilität und Kontinuität der Aktivitäten wird. Die Ehrenamtsvergütung hat dabei sowohl finanzielle als auch symbolische Aspekte: es ist eine Form der Anerkennung eines erheblichen Engagements. Wenn der Eindruck entsteht, dass hierbei Verschlechterungen erfolgen, kann es sein, dass der eine oder die andere Aktive abspringt. Darauf, dass jede Kürzung und Beschränkung die Breite, Kontinuität und auch Qualität der Arbeit vor Ort gefährdet, wird deshalb aus nahezu allen Standorten hingewiesen.

Insgesamt vermitteln die Städtedossiers 2019 den Eindruck, dass die Mobilisierung ehrenamtlichen Engagement schwieriger geworden ist. Dort, wo kleinere stabile Gruppen von ehrenamtlich Aktiven entstanden sind, wurde sehr viel begleitende, unterstützende, qualifizierende und anerkennende Arbeit einschließlich der Bereitschaft, Verantwortung zu teilen, investiert; der Gewinn, den solche kontinuierlich arbeitenden Teams bringen, ist beachtlich. Innerhalb der Gruppen von ehrenamtlich Aktiven hat es im Laufe der Zeit Verschiebungen zu Geflüchteten, die sich engagieren, gegeben. Auf die gesamten ehrenamtlichen Aktivitäten in der lokalen Flüchtlingsarbeit bezogen, legen die Städtedossiers nahe, dass das Engagement der Herkunftsdeutschen zurückgegangen ist; ganz vorsichtig wird man also vielleicht von einer „Migrantisierung“ der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit sprechen können.

Koordinator*in als *die* neue Figur

In der rückblickenden Betrachtung erweist sich die Etablierung der Rolle der lokalen Koordinator*innen als *der* zentrale Baustein des Erfolgs, den der samo.fa-Ansatz zeigt. Denn die lokalen Träger von samo.fa sind Migrant*innenorganisationen; als zivilgesellschaftliche Organisationen ist eines ihrer durchgängigen Merkmale der Mangel an finanzierter Personalressource. Das meiste, was sie tun, muss ehrenamtlich bewegt werden. Und auch bei jenen Organisationen, denen es gelungen ist, einen drittmittelfinanzierten Dienstleistungsbereich anzusiedeln, handelt es sich zumeist um Projekte, wesentlich seltener um eine institutionelle Förderung, z.B. durch die Kommunen, deren Standort die Organisationen sind.

Von daher bietet eine finanzierte und durch beruflich qualifiziertes Personal besetzte Stelle eine bisher nicht vorhandene „operative“ Basis für migrantische Flüchtlingsarbeit. Nahezu alles, was an Entwicklungen vor Ort in diesem Feld möglich wurde, hängt direkt oder indirekt mit dieser *Strukturinvestition* zusammen, indirekt auch die Stärkung des lokalen Gewichts der Migrant*innenorganisationen selbst und damit wichtige Veränderung im „lokalen Setting“. Der Fortfall dieser Basisstruktur würde zu einem erheblichen Einschnitt in der lokalen Arbeit in diesem Feld und darüber hinaus führen und an manchen Standorten vermutlich zu einem starken Rückschlag. Wie sich die Wirksamkeit dieser Strukturinvestition lokal entfalten

konnte, hing und hängt allerdings von einer Reihe von Umständen ab, von denen in diesem Abschnitt die Rede sein soll.

Die Bezeichnung „Kordinator*in“ hat zunächst auch viele Missverständnisse ausgelöst. Als z.B. der Start des samo.fa-Projekts vor Ort bekanntgemacht wurde, verstanden manche aus der „Szene“ dies als Anmaßung, nämlich so, als wolle das Projekt die gesamte Koordinierung der lokalen Flüchtlingsarbeit für sich reklamieren; vielleicht waren auch manche erste Auftritte vor Ort in diesem Sinne unglücklich. Extern wie intern musste richtiggestellt werden, dass sich das Koordinierungsangebot auf den Beitrag aus Migrant*innenorganisationen für die lokale Flüchtlingsarbeit und hier insbesondere auf den „Einsatz“ von Aktiven bezog. Und auch diese Einschränkung hatte ihre Probleme, und zwar je nach Gewicht und „standing“ der Trägerorganisation von samo.fa in den lokalen migrantischen Communities.

Unterschiedliche Startvoraussetzungen

Es soll daran erinnert werden, dass eine Reihe von Trägern unter dem Druck, 2016 die Arbeit rasch zu beginnen, in einem „Schneeballverfahren“ gefunden wurden. Manche der Organisationen, die dann in das Projekt eintraten, hatten bereits eine lange und erfolgreiche Geschichte, eine vergleichsweise breite Verankerung und hohes lokales Prestige, vor allem jene, die faktisch bereits als Verbände existierten. Andere waren kleinere Organisation mit einer eingeschränkteren Basis in speziellen Communities und mit einer bescheidenen bis größeren Vernetzung entlang von Herkunftsbezügen. Eine kleine Gruppe der Startorganisationen, nämlich dort, wo sich keine Migrant*innenorganisationen anboten, aber samo.fa dennoch präsent sein sollte, waren nicht migrantisch, entweder aus wohlfahrtsverbandlichen Zusammenhängen oder mit direkter kommunaler Einbindung. Diese Unterschiede im Startensemble von samo.fa wirkten sich übrigens über die ganzen Jahre nach 2016 aus und haben erst jetzt weniger Bedeutung.

Gegeben war damit auch die unterschiedlich verteilte Startfähigkeit der Mobilisierung von Aktiven und von Commitment bei den lokal existierenden Migrant*innenorganisationen. Aber auch das engere Verhältnis zwischen den Vereinen, die als Trägerorganisationen wirkten, und der Koordinierung war (und ist zum Teil immer noch) klärungsbedürftig. So neigen z.B. Träger, die schon zu Beginn stark waren und ein z.T. schon einen ausdifferenzierten Dienstleistungsbereich hatten, dazu, sich samo.fa einfach als ein weiteres Projekt zuzuordnen. In vielen anderen Fällen ist samo.fa geradezu der Motor für einen stärkeren organisatorischen und fachlich-politischen Auf- und Ausbau des Trägers.

Beratungs- und Begegnungsräume: erforderlich

Auch aus einem anderen Grund ist, wie die Träger ‚aufgestellt‘ sind, für die Arbeit von samo.fa und auch für die sichtbare Präsenz der Koordinierung wichtig: nämlich in der *Raumfrage*. Dort, wo der Träger über Räume – zumal in gut zugänglicher städtischer Lage – verfügt, können sie von samo.fa genutzt werden, wie z.B. in Dortmund, oder in Lübeck, wo Raumnutzungsmöglichkeiten neben Veranstaltungen auch für die Arbeit neugegründeter Vereine nützlich sind, oder in Freiburg, wo sich die Raumsituation auch mit Hilfe der Stadt

verbessert. Öfters – wie z.B. aus Halle (Saale) und Potsdam – wird berichtet, dass das eigene Büro zunehmend zur Anlaufstelle für Kontaktaufnahmen und Beratungen wurde.

In Dresden z.B. wird die Anmietung eines Hauses in guter Lage in der Neustadt für den `Weltclub` zu einem entscheidenden Schritt der lokalen Verankerung. Dies gilt auch für die 2019 erfolgte Eröffnung eines samo.fa-Büros in Stralsund und für die neuen Räume von MORGEN in München und von Haus Afrika in Saarbrücken. Dagegen ist es z.B. in Hildesheim bisher nicht gelungen, die Stadt für die finanzielle Unterstützung für ein Begegnungszentrum zu gewinnen. In Nürnberg sind nach längerem Anmahnen nun eigene Begegnungsräume in Aussicht. Dies macht auf den Umstand aufmerksam, dass die Bereitstellung und Unterhaltung eigener Räume zumeist eine erhebliche finanzielle Belastung darstellt. Kommunale Förderung wird hier zu einer wichtigen Flankierung und ein wichtiges Indiz für die erfolgte Anerkennung. Keineswegs alle Standort-Städte sind bisher dazu bereit.

Interne Verhältnisse

Die Grundidee geht von einer dichten Abstimmung zwischen der Koordinierung und dem Vorstand der Trägerorganisation aus: de facto ist dieses Verhältnis aber mal enger und mal lockerer und es gibt auch Koordinierungen, die über weite Strecken ziemlich unabhängig von den Trägerorganisationen agieren. Auf der anderen Seite existieren auch Fälle von „Personalunion“ zwischen der Koordinierung und einer zentralen Person des Vorstands der Trägerorganisation, die dazu führen können, dass sich Entscheidungen „in einer Hand“ konzentrieren, worunter die Transparenz leiden kann.

Es gibt also unterschiedliche Muster der Beziehung zwischen Koordinierung und der Gruppe von Aktiven, die sich um sie herum gebildet hat, und den Vorständen der Trägerorganisationen; manche von ihnen bergen die Gefahr in sich, dass eine konstruktiv-kritische Begleitung der Arbeit der Koordinierungsstelle unterbleibt und/oder dass es nur schwer gelingt, das flüchtlingsbezogene und teilhabeorientierte Engagement der Trägerorganisation selbst stärker zu mobilisieren.

Zwischen „Alleinunterhalter“ und „Teamwork“

Aus den Städtedossiers 2019 ist gut zu erkennen, dass eine hohe Konzentration vieler Verantwortlichkeiten und Tätigkeiten auf die Koordinierung auf Dauer zu einer *Überlastung* führen kann; so jedenfalls können die Aussagen wie „Es fehlt an Zeit“ aus Mönchengladbach oder „Die Arbeit wird auf das Machbare reduziert“ aus Göttingen verstanden werden. Auch aus Hildesheim und Hannover wird von Überlastungen berichtet. Hinweise zur Arbeitssituation der Koordinierung liest man auch aus anderen Standorten so, als stehe man belastungsmäßig „mit dem Rücken zur Wand“.

„Personalmangel bei der Arbeit, die immer umfangreicher wird, Ehrenamtlichkeit hat ihre Grenzen“, wird aus Saarbrücken berichtet. In eine ähnliche Richtung weist der Hinweis aus Stuttgart, der Koordinator habe mehr als gewünscht operative Aufgaben übernehmen müssen. Es geht an dieser Stelle also auch um das Selbstverständnis der Koordinierungsarbeit, vor allem in Beziehung zu den ehrenamtlich Aktiven. Wird an den vielen Orten die

Trägerorganisation selbst als direkte „Akteurin“ in der Flüchtlingsarbeit gesehen, so wird anderswo den Mitgliedsvereinen diese Rolle zugeschrieben, wie z.B. in Stuttgart und in München, und teilweise auch in Freiburg, wo es für die verschiedenen Handlungsfelder Ansprechpartner*innen in den Vereinen gibt.

Aus München heißt es z.B., MORGEN als Verbund führe „keine eigenen Projekte im Rahmen von samo.fa“ durch. Ehrenamtlich Aktive sind nach diesem Verständnis *Vereinsaktive*; samo.fa wird durch die „ständige Rückkopplung zwischen Koordinator und Vereinen“ entfaltet: „Samo.fa ist vor allem Beziehungsarbeit. Diese Arbeit ist zeitaufwendig und wichtig“. Damit wird das Engagement von Ehrenamtlichen in Vereinen gestärkt; zugleich werden ihre Belastungs- und Kompetenzgrenzen spürbar. Deshalb wird die „direkte Arbeit mit Geflüchteten (...) in Kooperationen mit Beratungs- und Hilfseinrichtungen in München eingebettet“. Dies verweist erneut darauf, dass bei fortschreitender Ausdifferenzierung der Lebenslagen und Bedarfe von Menschen mit Fluchtgeschichte auch die Einbettung von Beratung und Begleitung in eine sich entfaltende lokale arbeitsteilige Kooperationslandschaft weiter entfaltet werden muss.

Das Elend mit der Bürokratie...

Aus Saarbrücken, aber auch aus Freiburg, Fulda, Reutlingen und von anderen Standorten wird darauf hingewiesen, dass es für die Träger wie auch für die beteiligten Vereine besonders schwierig sei, Buchhaltung und die Verwaltungsarbeit insgesamt zu bewältigen. Die bürokratische Verfasstheit vieler Förderungen und allgemein: Verwaltungsregeln wie das Fehlen von Verwaltungspauschalen gehen an der Wirklichkeit dieser Vereine vorbei; dies ist ein Grund für ihre Benachteiligungslage, z.B. gegenüber Wohlfahrtsverbänden.

Teilweise wird aus verschiedenen Gründen die Koordinierungsstelle auf zwei oder gar drei Personen aufgeteilt, was dann Vorteile bringen kann, wenn es zu einer wirklichen Teambildung und einem gleichmäßigen Arbeitseinsatz kommt.

Erfolgreiche Koordinierung ist auch eine Personalfrage

Personalwechsel, die nicht unüblich sind und vermutlich aus den recht hohen Anforderungen bei der aufgrund der Jahresbewilligungen gleichzeitiger geringer Planungssicherheit entstehen, erschweren Kontinuität erheblich und führen z.T. auch dazu, dass ein Teil der geplanten Aktivitäten unterbleibt. Dies wird z.B. aus Dortmund, aus Halle (Saale), Hannover und Stuttgart berichtet; auch fehlende Übergaben von der ausscheidenden zur neuen Person erschweren die Kontinuität. Personelle Enge bei den Trägern kann auch dazu führen, dass Krankheitsausfälle bei der Koordinierung von samo.fa nicht ausgeglichen werden können; das ist insbesondere dann von großem Nachteil, wenn sich die samo.fa-Arbeit auf die Person der Koordination konzentriert, weil das Verteilen „auf mehrere Schultern“ – etwa durch systematisches Einbeziehen von ehrenamtlich Aktiven oder durch eingeworbene ergänzende Projekte – nicht gelungen ist.

Der *personellen Besetzung* kommt also durchaus eine Schlüsselrolle zu, was die Kompetenzen, die Persönlichkeit und vor allem die Fähigkeit einer rationalen und kooperativen Arbeitsweise

betrifft. Aus verschiedenen Standorten, wie z.B. aus Köln, wird allerdings darauf hingewiesen, dass ein wichtiger Grund für diskontinuierlichen Personaleinsatz darin liegt, dass das Projekt immer nur von Jahr zu Jahr bewilligt und z.T. mit erheblicher Zeitverzögerung bewilligt wurde.

Es sind verschiedene Ansätze anzutreffen, die Aufgaben der Koordinierung ohne Verlust von Verantwortlichkeit *auf mehr Schultern* zu verteilen und damit die Person, die koordiniert, aus einer „one-man/woman“- Show zu Teamarbeiter*innen zu machen. Es scheint also durchaus einflussreich zu sein, ob eher ein kooperativer oder eher ein dirigierender „spirit“ prägend ist.

Auf die Teambildungsprozesse aus dem Kreis der schon länger engagierten Aktiven ist bereits hingewiesen worden. *samo.fa-Clubs* erweisen sich verschiedentlich als ein geeignetes Format für gemeinsame Verabredungen und Teambildungen; zuweilen erscheinen sie aber auch als eine Art Pflichtübung. Von einer positiven, strukturierenden Rolle des *samo.fa-Clubs* wird z.B. aus Bochum, Stralsund (mit einer Format-Variante: *samo.fa-talk*), Halle (Saale) und Kiel berichtet, in Dresden ersetzt „Weltclub-Brunch“, der aber durchaus „Höhen und Tiefen“ hat, den Club. In Hannover scheint der Ansatz eines eigenständigen *samo.fa-Clubs* gescheitert zu sein; hier wird nach einer kooperativen Plattform zusammen mit anderen Organisationen gesucht.

Insgesamt werden verbreitet *Arbeitsformen* ausprobiert, die zu einer kontinuierlichen Einbindung engagierter Aktiver führen. So versucht man es z.B. in Weimar mit `Beiräten` für die Arbeit mit geflüchteten Frauen und jungen Geflüchteten: ganz ähnlich, nämlich mit Gruppenbildung, wird in Stralsund verfahren. In Dresden übernehmen erfahrene ehrenamtlich Aktive Teilaufgaben der Koordinierung. In Halle (Saale) heißt das Format „Pool“: Sprachbegleiter- und Gesundheitslotsen-Pool.

Ergänzende Projekte hilfreich

Interessant sind auch Beispiele, in denen durch Einwerbung *ergänzender Projekte* der Kreis derjenigen, die mit Aufgaben befasst sind, die mit Koordinierung korrespondieren, erweitert wird. Hierzu gehört z.B. in Dortmund das „House of Resources“, das „Service- und Begleitbüro für Bielefelder Migrantenorganisationen“ in Bielefeld, eine Ehrenamtskoordinierungsstelle in Lübeck oder auch das Projekt „Kompetenzzentrum für Teilhabe“ in Reutlingen. An vielen Standorten werden in verschiedenen Förderlinien Anträge gestellt, wie z.B. in Leipzig, in Halle (Saale) und Berlin, scheitern aber oft. Das Bemühen, die Arbeit von *samo.fa* über das Auslaufen der Bundesförderung hinaus jedenfalls in Teilen durch andere Förderquellen zu sichern, beschäftigte die Koordinator*innen in 2019 im erheblichen Umfang, zeigte aber auch, dass hierzu ein know-how gehört, das viele sich erst aneignen mussten. Mancherorts werden aber auch Antragstellungen unterlassen, weil der Aufwand als zu hoch erscheint.

Zusammenarbeit, Transparenz nach innen und Stimme nach außen

Mit der weiteren Profilbildung von *samo.fa*, die durch die bundesweite Rahmgebung und die Regionalbetreuungen unterstützt wurde, ist auch die Chance verbunden, weitere Migrant*innenorganisationen aktiv ins Spiel zu bringen und zu einem veränderten Verhältnis zu ihnen zu gelangen, wie das z.B. für Dortmund so formuliert wird: „Die anfängliche

Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Vereinsvertreter*innen ist zu einer Arbeit mit Kooperationspartner*innen geworden, die auf Augenhöhe agieren“. In eine ähnliche Richtung geht der Ansatz, der z.B. in Bochum verstärkt verfolgt wird, nämlich von Stellvertreterhandel zur Förderung von Selbständigkeit überzugehen. Von einer Erweiterung der Kooperationsbeziehungen wird aus vielen Standorten berichtet, so u.a. aus Potsdam, Berlin und Lübeck.

Hierzu kann auch eine transparente und dichte *interne Kommunikation* beitragen, z.B. über WhatsApp wie in Dortmund oder durch einen newsletter, wie in Düsseldorf. Insgesamt wurde der Kommunikation nach innen wie nach außen in 2019 verstärkt Aufmerksamkeit (und Arbeitszeit) gewidmet. Hervorzuheben ist hierbei eine mittlerweile verbreitete Zusammenarbeit mit *lokalen Radiostationen*, wie z.B. vor allem aus Potsdam, aber auch aus Hildesheim, Leipzig, Erfurt und insbesondere auch aus Freiburg berichtet wird. In Potsdam z.B. werden ehrenamtlich Aktive zu Reportern für das Refugee Radio; in Freiburg z.B. auch in enger personeller Verknüpfung zwischen „Open Voice“ bei Radio Dreyecksland und der Koordinierung von samo.fa. In Hannover z.B. wird eng mit der online-Plattform welt-in-hannover zusammengearbeitet.

Trotz vieler Bemühungen gelingt es nicht überall befriedigend, in den konventionellen lokalen Medien präsent zu sein; es scheint so, dass dies dort besonders schwierig ist, wo die „Szenen“ groß sind und es von daher tagtäglich diverse Events gibt, wie z.B. in Berlin und in München, aber auch in Saarbrücken. In Stuttgart wurde deswegen die „Dialogkonferenz“ 2019 als eine Art von Begegnung zwischen Menschen mit Fluchtgeschichte und Medienvertreter*innen konzipiert. In kleineren Städten scheint dies einfacher zu sein; zumal dann, wenn die jeweils dominanten Presseorgane hierzu neutral oder mit einer gewissen Sympathie stehen. Mit der „InZeitung“ in Freiburg, dem „ECHO der Vielfalt“ in Dortmund - und in einer etwas anderen, nämlich vor allem kulturellen Ausrichtung in Stuttgart - gibt es erfolgreiche Beispiele für Zeitungen, die von Migrant*innenorganisationen herausgegeben oder wesentlich mitgestaltet werden.

Hauptberuflich finanzierte Koordinierung: der entscheidende Hebel

Zusammenfassend kann gesagt werden: Zwar wird die Rolle der Koordinator*innen verschieden interpretiert und ausgefüllt, aber die Tatsache, über eine finanzierte „hauptamtliche“ Stelle zu verfügen, muss als zentraler Hebel für die alles in allem erfolgreiche Aufbauarbeit an den Standorten gesehen werden. Dort, wo die Trägerorganisationen zu Beginn strukturell schwach aufgestellt waren, bringt samo.fa für sie *auch* einen Schub zu besserer Verankerung und Vernetzung bis hin zur Verbundbildung, zuweilen zunächst noch „im Schatten“ von samo.fa. So wird dies z.B. als Freiburg berichtet: „Fluch und Segen zugleich war es, dass die Marke samo.fa teilweise durch ihren Erfolg und ihre Bekanntheit den Namen des Vereins Fairburg e.V. in den Hintergrund gedrängt hat... Gleichzeitig aber hat die Marke samo.fa dem Verein eine große Bekanntheit gebracht“.

Dort, wo samo.fa bei schon über mehrere Jahre bestehenden und auch mit Projekten versehenen Trägern angesiedelt werden konnte, wirkte die Koordinierung intern, wie z.B. aus Stuttgart berichtet wird, wie extern als eine Art „Fokusagentur“, die Aufmerksamkeit auf die

Arbeit mit Geflüchteten richtet und richtet und dabei als einen der zentralen Ansätze die Stärkung von ehrenamtlich Aktiven verfolgt. So steht z.B. im Städtedossier aus München, samo.fa habe für MORGEN neue Perspektiven eröffnet. Samo.fa hatte und hat mit Sicherheit etwas Wichtiges geleistet: nämlich den Beitrag von Aktiven aus Migrant*innenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit und – weiter gefasst – für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft ins Licht zu rücken. Es ist aus den Erfahrungsberichten gut erkennbar, dass Kontinuität und Qualität des ehrenamtlichen Engagements aus Migrant*innenorganisationen heraus und deren Öffnung zur Stadtgesellschaft hin ohne ein hauptberufliches, finanziertes Rückgrat kaum möglich gewesen wäre und weiterhin möglich ist.

Zusammenarbeit, Vernetzung, Verbünde, Arbeitsteilung & Kooperation

Die Städtedossiers 2019 zeigen, dass es über die vergangenen Jahre definitiv einen großen Schub zu mehr *Vernetzung* gegeben hat. Nicht nur hat sich vielerorts die Zusammenarbeit mit den Kommunen gut entwickelt, wenngleich hierfür noch erheblich „Luft nach oben“ ist, sondern es gibt mehr und stabilere Zusammenarbeit mit verschiedenen Einrichtungen und Organisationen, die Berührungsflächen zur Arbeit von samo.fa haben.

An einer Reihe von Standorten hat auch die Zusammenarbeit mit einem der anderen Projekte des Bundesverbands NeMO durch das Einbringen von Ideen, know-how und Ressource zu einer stärkeren Vernetzung beigetragen, wie z.B. mit dem Projekt „Wir sind viele“ in Leipzig und oder z.B. mit dem Kompetenzverbund Kulturelle Integration und Wissenstransfer (KIWit) in Halle (Saale), oder sogar durch beide in München.

Zusammenarbeit mit Kultur und lokal ansässiger Wissenschaft

In den Städtedossiers finden sich gute Beispiele für die Zusammenarbeit mit Künstlern, Theatern und Bildungseinrichtungen im Kulturbereich, wie z.B. aus Mönchengladbach berichtet wird, oder aus Weimar mit der Zusammenarbeit zur Kulturinitiative Weiterschreiben.Jetzt!, in Berlin, Erfurt und vor allem auch in Nürnberg, wo dies auch sehr stark mit der Startanbindung von samo.fa beim städtischen Interkulturbüro zusammenhängt; der jetzige Träger - der MOIN-Verbund – steht in gewissem Sinne durchaus in dieser Tradition.

Dass die Ressource praxisorientierter Wissenschaft nicht nur genutzt, sondern auch selbst mit Anregungen versehen werden kann, zeigt das Göttinger Beispiel. Das bei der Universität Göttingen angesiedelte Projekt *Stadtlabor* „Migration bewegt Göttingen“ richtet den Blick darauf, wie Kommunen und lokale Initiativen Migration, Willkommen und Inklusion vor Ort in Göttingen aber auch darüber hinaus in Deutschland und Europa gestaltet haben und fortlaufend zu gestalten versuchen. Ziel ist ein wissenschaftlich fundierter und durch Erfahrungen der zivilgesellschaftlichen Initiativen empirisch geerdeter sowie künstlerisch übersetzter Dialog, der lösungsorientiert kommunale Erfahrungen und Ressourcen aufzeigt.

Auch an anderen Orten, wie z.B. in Braunschweig, Hildesheim, Leipzig, und München entwickelt sich – in unterschiedlichen Feldern - eine Zusammenarbeit mit den ansässigen Hochschulen. Das gilt auch für Stuttgart durch Kooperationen mit der Universität Tübingen

und der Ruhr-Universität Bochum. Ähnlich wie z.T. in Braunschweig fand auch – wie schon erwähnt- in Fulda eine Kooperation mit Studierenden statt, bei der es um die Erschließung von Freizeitmöglichkeiten für Kinder aus Familien mit Fluchthintergrund ging. Das Beispiel zeigt im Übrigen, dass eine solche Kooperation erst stabil wird, wenn sie auch innerhalb der Studiengängen offiziell Anerkennung findet. Es bedarf also offenbar regelrechter Kooperationsvereinbarungen.

Engere Zusammenarbeit gibt es an vielen Standorten, wie z.B. in Köln auch mit jenen Willkommensinitiativen, die 2015 entstanden und noch aktiv sind, , aber oftmals nicht migrantischen Ursprungs waren. Das gilt z.B. auch in Nürnberg mit dem „Asylgipfel“, in Saarbrücken mit der Initiative „Ankommen“ und in verschiedener Weise z.B. in Freiburg mit der Fortführung des Projekts Zwischenraum, der von der Aktion Mensch gefördert wird, mit dem Netzwerk „1Europafüralle“ und dem „Solidarity City Bündnis“

Wohlfahrtsverbände: keine einfachen Partner Auch mit Wohlfahrtsverbänden besteht schon länger eine eingespielte Kooperation, wie z.B. mit der AWO in Halle (Saale) oder an verschiedenen Orten mit dem Paritätischen, oder es hat sich verschiedentlich die Zusammenarbeit deutlich verbessert; die hierbei auftretenden Schwierigkeiten sind bereits skizziert worden. Neben einer Konkurrenz um Fördermittel und eingespielte Verteilungen geht es auch, wie z.B. aus Stuttgart angemerkt wird, um ein schwierig abstimmbares *Nebeneinander von Angeboten* im selben Feld und für dieselben Zielgruppen. Je nach bisherigem Profil der Träger gelingt es z.T. leichter, sich mit nicht-migrantischen Initiativen und Organisationen zu vernetzen, wie z.B. in Weimar, Erfurt, Stralsund, Kiel und in gewisser Weise auch Saarbrücken, als mit anderen Migrant*innenorganisationen. Aus Saarbrücken wie aus Fulda kommen die einzigen Hinweise darauf, dass zu den Kooperationschwierigkeiten zwischen Migrant*innenorganisationen auch Konflikte und Spannungen zwischen und innerhalb von Vereinen zu rechnen sind.

Für einige Standorte, wie z.B. aus Lübeck und Dresden, besteht der Eindruck, dass es einfacher ist, neugegründete Migrant*innenvereine für eine engere Zusammenarbeit zu gewinnen als solche, die „alteingesessen“ sind. Insbesondere für „newcomer“, also samo.fa-Initiativen, die erst in den letzten beiden Jahren hinzugekommen sind, wie z.B. Erfurt, oder deren Träger bislang eher am Rande der eingespielten „Szene“ von Migrant*innenorganisationen gestanden haben, ist es nicht leicht, zu breiter Anerkennung und geteilter Kooperationsbereitschaft mit „alteingesessenen“ Vereinen zu gelangen.

Aber die Vernetzung geht voran

An verschiedenen Orten insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern hat sich die Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Migrantinnenorganisationen (DaMigra) gut eingespielt, so z.B. in Halle (Saale), Berlin, aber auch Leipzig. Das erklärt sich zum einen aus der zu samo.fa parallelen Förderung ihres Projekts M.U.T. durch den Arbeitsstab, zum anderen auch durch den Bedeutungsgewinn der Zielgruppe „geflüchtete Frauen“ (siehe oben).

Auch neue Formate von Veranstaltungen zeigen eine stärkere Öffnung in die Stadtgesellschaft hinein, wie z.B. die barcamps in Dortmund und Köln, das „Politsofa“ in Neuss und Düsseldorf,

facebook, usw. In der Folge der eigenen stärkeren Öffnung und Kooperationsbereitschaft öffnen sich auch Möglichkeiten, zu Foren eingeladen zu werden und dort sichtbar und hörbar zu werden, wie z.B. beim „Runden Tisch“ in Köln, der „Zukunftswerkstatt“ in Göttingen, dem Gesprächscafé in Potsdam oder dem samo.fa-talk in Stralsund.

Dialogkonferenzen unterschiedlich, aber immer ein wichtiger Ort

Zur Präsenz in der Stadtgesellschaft in besonderer Weise beigetragen haben die *Lokalen Dialogkonferenzen* als wichtiger Baustein der „samo.fa-Methode“. Die Dialogkonferenzen des Jahres 2019 sind viel stärker als noch in der Vergangenheit durch Zusammenarbeit mit anderen Akteuren mitgeprägt. Sie werden weit verbreitet als wichtiger Baustein der Arbeit angesehen, wie z.B. in Freiburg, leiden aber z.T. unter einer mangelnden medialen Aufmerksamkeit, wie z.B. aus München und Saarbrücken berichtet wird.

Verbünde bringen den Lokalen Dialogkonferenzen in verschiedener Hinsicht eine breitere Basis: eine größere Gruppe von ehrenamtlich Aktiven kann praktische Unterstützung leisten, wichtiger ist aber, dass die Erfahrungen aus dem Leben von Geflüchteten breiter *und differenzierter* eingebracht werden können, das Engagement verschiedener Migrant*innenorganisationen sichtbar wird, und – umgekehrt - der lokale Dialog stärker „an der Basis“ ankommt und sich samo.fa als gemeinsame „Anlauf- und Koordinierungsstelle“ für migrantische Flüchtlingsarbeit weiter festigen kann.

Allerdings sind die Lokalen Dialogkonferenzen trotz projektweiter Rahmenempfehlungen von Ort zu Ort anders. Das liegt nicht nur daran, dass die Verhältnisse lokal unterschiedlich sind, sondern dass auch unterschiedliche Konzepte verfolgt werden.

Ganz grob kann unterschieden werden zwischen einem Konzept, dass die Konferenz eher auf Erfahrungsaustausch, Anerkennung und Weiterentwicklung vor allem innerhalb des Kreises der Aktiven ausrichtet, und einem Konzept, bei dem explizit ein Dialog zwischen der migrantischen Seite, den kommunal Verantwortlichen und den weiteren Vertreter*innen einer – gedachten oder wirklich bestehenden – lokalen Verantwortungsgemeinschaft für Flüchtlingsarbeit gesucht wird. Dazwischen gibt es verschiedene Mischformen; oftmals hat sich die Konferenz über die Jahre aus einem anfänglich stärkeren Erfahrungsaustausch zu einem Dialog mit wichtigen Vertreter*innen der Stadtgesellschaft entwickelt, wie z.B. in Berlin. Die Feststellung aus Kiel, die Dialogkonferenz sei mittlerweile zu einer wichtigen Institution geworden, kann für die meisten Standorte gelten. Ihre Etablierung kann als ein wichtiger Erfolg und als eines der Markenzeichen von samo.fa angesehen werden.

Zur Präsenz in der Stadtgesellschaft trägt auch bei, wenn der Beitrag von Migrant*innenorganisationen zum Zusammenleben öffentlichkeitswirksam dargestellt wird, wie dies z.B. in Halle (Saale) mit einer Messe ‚Das Engagement migrantischer Organisationen sichtbar machen‘ geschah. Auch die Platzierung bundesweiter Veranstaltungen trägt zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung und des „standing“ gegenüber den lokal-kommunal Verantwortlichen bei, wie z.B. die 2019 im Rathaus in Halle (Saale) durchgeführte Bundesdialogkonferenz von samo.fa.

Verbundbildung: durch samo.fa vorangekommen

Besonders wichtig für eine verstärkte Präsenz in der Stadtgesellschaft war und ist, dass sich an vielen Standorten die *Verbundbildung* zwischen verschiedenen Migrant*innenorganisationen sich weiter gefestigt hat, wie z.B. in Dortmund, Bielefeld, Berlin, Stuttgart und München, oder auf den Weg gebracht worden ist, wie z.B. Düsseldorf, Bochum, Mönchengladbach, Potsdam, Dresden, Nürnberg, Heilbronn und Saarbrücken. In Freiburg z.B. ist dagegen eine Verbundbildung nicht erfolgt, u.a., weil die möglichen Partner Überlastung und Verlust von Unabhängigkeit befürchteten.

Überall, wo es zur Gründung von Verbänden von Migrant*innenorganisationen kam, wird über die Vorteile auch für samo.fa berichtet, die damit einhergehen: eine stark verbreiterte Basis für Aktivitäten, Schnittflächen zu diversen Communities, eine größere und vor allem auch differenzierte Expertise und ein erhebliches gewachsenes Gewicht in der Stadtgesellschaft. Es gibt Standorte, an denen eine Verbundbildung angestrebt wird, aber noch nicht gelungen ist, wie z.B. in Leipzig.

An anderen Standorten, wie z.B. in Dresden, muss der Verbund gegenüber der starken Organisation, von der seine Gründung initiiert wurde, erst noch an Profil gewinnen. Es gibt auch Hinweise darauf, dass durch interne Konflikte innerhalb von Verbänden der potenzielle Nutzen für samo.fa nicht wirksam werden kann. Wo Verbundbildung erfolgreich ist, kommen vor allem auch kleinere Migrant*innenorganisationen besser zum Zuge, wie z.B. aus Hannover berichtet wird. Das ist für samo.fa insofern ein großer Vorteil, als ein differenzierterer Zugang zu verschiedenen Gruppen von Geflüchteten möglich wird. Insofern liegt es durchaus im wohlverstandenen Interesse der „Initiative samo.fa“, Verbundbildungen zu fördern und zu nutzen.

Dass mit der Verbundbildung und vor allem der Verbundarbeit auch besondere Herausforderungen einhergehen, kann nicht geleugnet werden. Gründung und erste Aufbauphasen erfolgen zumeist zwischen Vereinen und deren Verantwortlichen, die sich gut kennen und einander vertrauen. Vieles geschieht auf der Basis mündlicher Absprachen und informeller Wege. Wächst der Verbund, so trägt diese informelle Basis nicht mehr. Entscheidungsprozesse müssen formalisiert und Transparenz im Inneren muss auch in formaler Weise hergestellt werden.

Positive Verbundentwicklung: wichtig, aber nicht einfach zu machen

Mit dem zunehmenden Gewicht im lokalen Geschehen wächst auch eine kritische Aufmerksamkeit gegenüber dem Verbund. Die Einhaltung transparenter demokratischer Verfahrensweisen im Inneren wird zu einer Bedingung für den weiteren Erfolg im öffentlichen Raum. Mit institutioneller Förderung und der Übernahme oder Einwerbung von Projekten, eigenen Räumen usw. wächst der Zwang zur Professionalisierung von Leitung und Dienstleistung.

Hauptamtliches Personal wird angestellt; der Verein wird Arbeitgeber. Neben der vor allem ehrenamtlich getragenen Vereinsarbeit tritt also ein Dienstleistungsbereich mit angestelltem Personal, der bei Erfolg rasch intern an Gewicht gewinnt. Das Risiko des Bedeutungsverlusts

der ehrenamtlichen Vereinsleitungen und des ehrenamtlichen Engagements – bei gleichzeitigem weiteren Angewiesensein auf dieses – wächst. Das Verhältnis von Dienstleitung und ehrenamtlicher Vereinsarbeit muss neu austariert werden.

In dem Maße, wie der Verbund eine teilhabepolitische Stimme gewinnt, muss auch dem internen politischen Diskurs und der entsprechenden Meinungs- und Willensbildung größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Denn die Mitgliedsvereine haben unterschiedliche Hintergründe und Profile. Und auch, wenn parteipolitische Neutralität eine Bedingung von Verbundarbeit ist, so können zu teilhabepolitischen Fragen unterschiedliche Positionen bestehen; es wird wichtig, die Schnittmenge auszuloten und möglichst zu vergrößern. Damit wird bei wachsender Größe die Informations-, Aufklärungs- und Diskursarbeit nach *innen* immer wichtiger.

Dennoch muss festgehalten werden: Gerade auch unter den Aspekten von Gewicht in der Stadtgesellschaft und Nachhaltigkeit in der Flüchtlingsarbeit sind die entstandenen Verbünde einer der sehr wichtigen *Sekundärerfolge* der samo.fa-Arbeit.

In Arbeitsteilung & Kooperation muss das eigene Profil geschärft werden

Mit der verbesserten Zusammenarbeit sowohl zwischen verschiedenen Migrant*innenorganisationen als auch mit anderen Akteuren im Feld der lokalen Flüchtlings- und Teilhabepolitik sind die Chancen gestiegen, Arbeitsteilung & Kooperation besser und genauer miteinander abzustimmen und zu vereinbaren als in der Vergangenheit. Dies ist auch notwendig, weil sich gezeigt hat, dass eine Art von gedachter „Generalzuständigkeit“ für die Arbeit mit Geflüchteten weder sachdienlich noch machbar ist.

Profilschärfung ist von daher eine der zentralen akuten Anforderungen, also eine stärkere und verbindlichere Klärung des Beitrags, den die Migrant*innenorganisationen, ihre Aktiven und Sympathisant*innen und die „Koordinierungsagentur samo.fa“ leisten wollen und können. Zu klären wäre, ob im Rahmen der oder in Bezug auf die verschiedenen lokal-kommunalen Handlungspläne hierzu auch *Vereinbarungen* abgeschlossen werden könnten.

Bundesländer als „Rahmensetzer“ kommen stärker in den Blick

Im Jahr 2019 wird auch die Ebene der Bundesländer stärker in den Blick genommen. Ende 2018 wurde in Düsseldorf der Landesverband NeMO vorgestellt. Der Träger von samo.fa in Dresden, afropa – Weltclub, war sehr aktiv an der Gründung des Dachverbands Sächsischer Migrant*innenorganisationen (DSM) beteiligt. Über eine engere Zusammenarbeit mit Landesministerien wird aus Hannover und Lübeck berichtet, der Träger von samo.fa Weimar ist Mitglied im MigraNetz Thüringen, VeMO aus Halle (Saale) im Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen in Sachsen-Anhalt (LAMSA), samo.fa Berlin hat gute Kontakte zur Beauftragten des Senats für Integration und Migration. Das heißt auch: In dem Maße, wie für die Unterstützung der Menschen mit Fluchtgeschichte der Zugang zu den Regelsystemen immer stärker in den Vordergrund tritt, und auch zur Sicherung von Kontinuität in der migrantischen Flüchtlingsarbeit werden auch die Landesregierungen und wird die Netzwerkbildung auf Landesebene wichtig.

Rahmenbedingungen 2019

Abschließend sollen kurz einige der Rahmenbedingungen erwähnt werden, die die Arbeit vor Ort mittelbar – z.B. im Sinne der Veränderungen des gesellschaftlichen Klimas – oder auch direkt, z.B. durch die Änderung der rechtlichen Grundlagen für Asyl und/oder der faktischen Asylpolitik – beeinflussen oder betreffen.

„Migrationspaket“ und die Frage nach einer humanen Praxis von Abschiebungen und Rückkehr

In Hinblick auf die gesetzlichen Grundlagen für Asyl und Einwanderung steht 2019 das sogenannte „Migrationspaket“ im Mittelpunkt. Besonders umstritten ist hierbei das am 21. August 2019 in Kraft getretene Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht, das insbesondere die unmittelbare Vermeidung einer bevorstehenden Abschiebung erschwert. So wird „die Inhaftnahme zur Abschiebung...erleichtert, Abschiebungshaft kann in regulären Gefängnissen durchgeführt werden und der gesamte Ablauf der Abschiebung gilt als Dienstgeheimnis“ (ProAsyl). Eingeführt sind auch neue Bestimmungen zur Duldung, die manchmal als „Duldung light“ bezeichnet werden, die insofern zwiespältig ist, weil sie eine quasi schlechter gestellte Duldung für Personen mit sog. ungeklärter Identität, einführt, die u.a. ein komplettes Arbeitsverbot zur Folge hat, das jedoch bei Erfüllung der zumutbaren Mitwirkungspflichten abgeändert werden kann.

Die Wirkung, die an den Standorten von samo.fa beobachtet wird, ist die einer zunehmenden Beunruhigung und - vor allem bei kettenmäßig aufeinander folgenden Duldungsentscheidungen - einer hohen Planungsunsicherheit bei den betroffenen Personen. Der atmosphärische Eindruck, dass Abschiebungen zunehmen, kann durch die offiziellen Zahlen des Jahres 2019 nicht bestätigt werden. In diesem Jahr wurden etwa 22.100 Menschen aus Deutschland abgeschoben. Rund 8.400 von ihnen wurden im Rahmen der Dublin-III-Verordnung in andere europäische Länder überstellt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Abschiebungen um 6,4 Prozent zurückgegangen. Zur Unruhe und Verunsicherung trägt bei, dass z.B. die Abschiebungen nach Afghanistan trotz der dortigen äußerst unsicheren Lage weiter durchgeführt wurden. Allerdings wird menschenwürdige Abschiebungspraxis als Herausforderung nur sehr selten in den Städtedossiers 2019 thematisiert.

Die Lage von Flüchtlingen an den Grenzen Europas

Schon seit Jahren fliehen Menschen aus den Krisenregionen der Welt über das Mittelmeer nach Europa – mit verheerenden Auswirkungen: Im Jahr 2016 ertranken über 5.000 Menschen im Mittelmeer. 2017 starben oder verschwanden laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) mehr als 3.100 Geflüchtete. Und in 2018 waren mehr als 2.300 Tote und Vermisste zu beklagen. 2019 fanden 1.327 Menschen den Tod bei der Flucht über das Mittelmeer oder sind vermisst. Obwohl die Zahl der Ankünfte über die Mittelmeerroute seit 2016 stark gesunken ist (2016: 373.652 Menschen; 2017: 185.139 Menschen; 2018: 141.472 Menschen; 2019: 125.427 Menschen), bleibt der Weg übers Mittelmeer die tödlichste Seeroute der Welt.

Im Laufe des Jahres 2019 spitzt sich die Flüchtlingskrise in Griechenland und vor allem auf den Ägäis- Inseln immer weiter zu: Im Dezember halten sich dort schon 40.000 Menschen unter katastrophalen Bedingungen auf.

Rechtsterroristische Anschläge und Rassismus

Nach dem rechtsterroristischen Mord an Regierungspräsident Walter Lübcke in Kassel am 2. Juni zeigt auch der auf Massenmord abzielende Anschlag auf eine Synagoge in Halle (Saale) am 9. Oktober 2019, wie stark völkisch-nationalistisches Denken und seine Flankierung durch Rechtspopulismus den Boden für Terror und Gewalt bereiten. Das Entsetzen an den Standorten von samo.fa ist groß, auch, weil seit den NSU-Morden von einer Gewalteskalation ausgegangen werden muss, die sich Anfang 2020 mit den Anschlägen in Hanau fortsetzte. Rassismus und wie man ihm begegnen kann, drängt sich folgerichtig als Thema immer weiter nach vorne.

Zugleich aber - und das markiert einen wichtigen Unterschied zu den Ereignissen der 90er Jahre (Rostock, Hoyerswerda, Solingen...) - sind auch Entsetzen und Empörung bis weit in die Mitte der Gesellschaft anzutreffen. Mittlerweile ist gelebte Vielfalt für sehr viele Menschen ein wichtiges und gutes Charakteristikum unserer Gesellschaft geworden, das sie nicht infrage gestellt wissen wollen. Migrant*innenorganisationen werden als Stimme, aber auch als sicherer Ort für Zusammenhalt immer wichtiger.

Es entwickelt sich also eine immer widersprüchlicher werdende gesellschaftliche Lage, bei der es um eine Auseinandersetzung darüber geht, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Viele Menschen „aus Familien mit Migrationsgeschichte“ haben mittlerweile Position und Einfluss: sie wirken aktiv bei diesen konflikthaften Aushandlungsprozessen mit (ein Blick in die Fernsehsendungen zeigt dies). Migrant*innenorganisationen, die sich für mehr Teilhabe hier & heute einsetzen, sind stärker geworden – und sie haben auch Bündnispartner. Zu erwarten ist, dass Konflikte um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, zunehmen werden. Aber es ist nicht so, dass die Seite, die sich aktiv für eine lebbare Einwanderungsgesellschaft einsetzt, auf der Verliererstraße wäre.

Landtags- und Kommunalwahlen

Zu den Rahmenbedingungen des Jahres 2019 gehört auch, dass neben der Europawahl eine Reihe von Kommunalwahlen stattfanden, u.a. in Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen und dem Saarland, zum Teil mit erheblichen Verschiebungen. Landtagswahlen gab es in Bremen, Brandenburg, Thüringen und Sachsen. In den drei ostdeutschen Ländern gab es spektakuläre Zugewinne der AfD: in Brandenburg von 11,4% auf 23,5%, in Thüringen von 12,8 % auf 23,4 % und in Sachsen von 17,7 % auf 27,5 %. Bei den Kommunalwahlen in den ostdeutschen Bundesländern legt die AfD ebenfalls - teilweise erheblich – zu. Die Kommunalwahlen und die meist parallel durchgeführten Wahlen zu den Integrationsräten als Rahmenbedingungen für kommunales Handeln spielen in den Städtedossiers allerdings kaum eine Rolle.

Teilhabepolitische Schritte

Zu dieser widersprüchlichen Wirklichkeit gehört auch, dass es durchaus teilhabepolitische Fortschritte gibt. So zeigt der im Dezember 2019 vorgelegte *Integrationsbericht der Bundesregierung „Vielfalt als Chance für die Gesellschaft“* nach eigener Aussage viel Licht, aber auch Schatten: Zwar wächst z.B. die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Auszubildenden mit Einwanderungsgeschichte, deren Armutsrisiko ist aber überdurchschnittlich. .

Schließlich wurde auf der diesjährige *Bundesdialogkonferenz von samo.fa* auch über Erfolge bei der Unterstützung von Geflüchteten auf ihrem langen und schwierigen Weg in den neuen Alltag gesprochen. Unter der Überschrift „Angekommen? Teilhaben jetzt!“ trafen sich am 20. und 21. September 2019 im altherwürdigen Stadthaus in Halle (Saale) Aktive aus 34 Standorten von samo.fa mit Expert*innen aus Politik, aus Verbänden und aus der Wissenschaft, insgesamt um die 120 Teilnehmer*innen.

Rahmung durch die Bedingungen des samo.fa-Projekts: Verbesserungen gewünscht

Aus den Städtedossiers ist insgesamt gut zu erkennen, dass die fortlaufend sich weiterentwickelnde Rahmung und Strukturierung durch das Bundesleitungsteam und die Bundes- und Regionalnetzwerktreffen zumeist als hilfreich wahrgenommen wurden, wenn auch zuweilen eine stärkere Unterstützung auf der lokalen Ebene gewünscht wurde. Auch das Fehlen der Fortbildungsveranstaltung „samo.fakompakt“ in 2019 wurde bedauert. Vielfach wurde der Abrechnungs- und insgesamt hohe bürokratische Aufwand bemängelt. Sowohl die Einführung von Handlungsfeldern als die Stärkung der wirkungsorientierten Ausrichtung der Arbeit erleichterten „vor Ort“ die Fokussierung der Arbeit. Die zyklische Abfolge der Setzung von Arbeitsschwerpunkten durch die jährlichen Anträge, von Zielvereinbarungen für die lokale Arbeit, Netzwerksitzungen, lokalen und bundesweiten Dialogkonferenzen und bilanzierenden Städtedossiers, also die *Samo.fa-Methode*, hat sich weitgehend bewährt.

Differenzierte Rahmenbedingungen: nach Kommunaltypen und Ländern

Schließlich wird im vergleichenden Blick auch deutlich, dass sich die Rahmenbedingungen für Entwicklung und Profilierung von samo.fa nicht nur aufgrund der „Vorgeschichten“ und Einbettungen der Trägerorganisationen, sondern auch nach Kommunaltypen und Länderzugehörigkeit der Städte voneinander unterscheiden. Dies wurde in der samo.fa-Arbeit bisher nur am Rande thematisiert, verdient aber künftig mehr Beachtung. In Hinblick auf „Kommunaltypen“ kann z.B. im Gesamt der Standorte zwischen Mittelstädten, Großstädten und Metropolen unterschieden werden, wobei es bei den Mittelstädten durchaus einen Unterschied macht, ob sie im Nahbereich einer Großstadt oder einer Metropole oder „auf dem flachen Land“ angesiedelt sind.

Unter Metropolen werden hier Städte mit mehr als 1 Million Einwohner verstanden, also bei samo.fa Berlin, Köln und München. Zwischen ihnen nimmt die Metropole Berlin aufgrund ihrer Größe, ihrer Geschichte aus dem geteilten Deutschland heraus und ihrer Hauptstadtfunktion eine besondere Rolle ein. Diese Besonderheiten Berlins, eine dort vorhandene ausgeprägte und differenzierte Szene von Migrant*innenorganisationen, eine traditionsreiche Integrationspolitik des Berliner Senats mit eingespielten Verteilungsmodi von Aufmerksamkeit und Förderung stellten den samo.fa-Träger vor erhebliche Herausforderungen. Profil, Gewicht und Stimme zu gewinnen, war auch deswegen nicht einfach, weil der Träger MoveGlobal nicht zum klassischen Ensemble der aus Westberlin stammenden Migrant*innenorganisationen gehörte, sondern einen deutlichen afrikanisch-diasporischen Hintergrund hatte. Die Konzentration der Arbeit auf einige *Bezirke* und die gleichzeitige aktive Vernetzung erwiesen und erweisen sich als ein produktiver Ansatz. Mittlerweile zeigt sich auch, dass der sich fortlaufend erweiternde *Verbund* für die berlinweite und bezirkliche Integrations- und Teilhabepolitik zunehmend attraktiver wird.

Rahmenbedingungen unterscheiden sich auch von Bundesland zu Bundesland; dies wird künftig stärker als bisher Beachtung finden müssen. Hierzu gibt es im Gesamt der Städtedossiers zur ganz wenige Hinweise; Zum Beispiel finden die rechtlichen Rahmenbedingungen, wie sie in Baden-Württemberg durch das Flüchtlingsaufnahmegesetz BW und z.B. auch durch die Verwaltungsvorschrift Deutsch für Flüchtlinge gesetzt sind, nur im Städtedossier Heilbronn Erwähnung. Im Städtedossier aus Nürnberg findet sich ein wichtiger Hinweis auf die komplizierten Vorgaben des Freistaats Bayern zur Arbeits- und Ausbildungserlaubnis und den damit korrespondierenden großen Entscheidungsspielräumen der Ausländerämter. Im Zusammenhang damit, dass sich in der gesamten staatlich-kommunalen Förderlandschaft bisher nur der Regionalverband für eine Förderung des Verbunds Haus Afrika und seine Anerkennung als Jugendhilfeträger entschieden hat, wird bemerkt: „Im Saarland ist noch viel zu tun“.

Darüber hinaus zeigt aber die Durchsicht der Städtedossiers ohne Zweifel, dass sich die Rahmenbedingungen für die samo.fa Arbeit zwischen den Standorten in den ostdeutschen Bundesländern und allen anderen deutlich unterschieden haben und weiter unterscheiden. Hierzu sollen einige Hinweise gegeben werden.

Bundesweit gibt es Standorte mit einer wenig ausgeprägten Tradition und Szene von Migrant*innenorganisationen, nämlich überall dort, wo es keinen ausgeprägten Industriebestand und damit wenig Arbeitsmigration gab. Für die ostdeutschen Länder ist aber nicht nur die geringere Dichte von Migrant*innenorganisationen durchgehend gegeben, sondern sie haben auch eine andere Geschichte.

Die ostdeutschen Länder: einige Aspekte

Spielen in den meisten `westlichen` Standorten Organisationen, die sich auf Arbeiter*innenmigration gründen, immer noch eine gewichtige Rolle, so ist dies in Ostdeutschland nur ausnahmsweise der Fall, nämlich dort, wo sich Organisationen aus der DDR-Vertragsarbeiterzeit erhalten haben. Dresden ist hierfür ein gutes Beispiel. Viel stärker ins Gewicht fallen Organisationen, die – vor allem an Universitätsstandorten – von Akademikern nichtdeutscher Herkunft gegründet wurden, oder künstlerische Initiativen oder

solche mit einer von Beginn an politischen Gründungsidee, wie z.B. anti-rassistische oder frauenpolitische Initiativen. Zu beobachten ist – und daran hat die Ankunft vieler Geflüchteter und auch die Arbeit von samo.fa durchaus einen Anteil – eine Öffnung dieser Initiativen und ihre stärkere Vernetzung.

Bemerkungswert ist, dass es in den ostdeutschen Bundesländern z.T. schon längere Zeit oder auch nur seit wenigen Jahren jeweils landesweite Dachorganisationen von Migrant*innenorganisationen gibt, die sich im Herbst 2018 zum Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMost) zusammengeschlossen haben. Auch dies ist eine Entwicklung, die sich von der in den „westlichen“ Bundesländern unterscheidet.

Dass man sich zu Landesnetzwerken zusammenfand, hängt möglicherweise auch damit zusammen, dass es kaum einzelne dominante Organisationen gab und von vornherein ein starkes Minderheitenbewusstsein bestand. Die Landesregierungen kamen diesen Zusammenschlüssen offenbar durch Anerkennung und durch Förderung entgegen; z.T. haben diese Netze oder auch einzelne lokale Organisationen oder Verbände, die - auch im Zusammenhang mit samo.fa - beispielhaft wirken, erheblichen Rückhalt bei den für Integration und Teilhabe Verantwortlichen in den Landesregierungen, z.B. in Stralsund, in Dresden, oder auch in Potsdam, wo das Projekt Refugee Radio mit dem Integrationspreis 2019 des Landes Brandenburg ausgezeichnet wurde.

Diese gesamte Entwicklung – einschließlich der schon oben skizzierten erstarkenden rechtspopulistischen und völkisch-nationalistischen Kräfte – ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass sich der Anteil der Menschen mit Einwanderungsgeschichte an der Einwohnerschaft der Städte in den östlichen Ländern in kurzer Zeit stark verändert hat. In Halle (Saale) z.B. hat sich dieser Anteil in wenigen Jahren auf mehr als 23.000 Menschen (ca. 10 Prozent der Einwohnerschaft von Halle) verdoppelt; 8000 von ihnen leben weniger als vier Jahre in der Stadt.

samo.fa
Stärkung der Aktiven aus
Migrant*innenorganisationen
in der Flüchtlingsarbeit

Bundesprojekt von:



Gefördert durch:

